



t

Vorlagennummer: BV/12376/26
Vorlageart: Beschlussvorlage
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich

Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung- hier: Informationen zum Angebot von Randzeitenbetreuung vor und nach der achtstündigen Grundschulzeit und zur Ferienbetreuung sowie Erlass einer neuen Benutzungs- und Elternbeitragsordnung der Hansestadt Lüneburg für die Einrichtungen der nachschulischen Betreuung an den Lüneburger Grundschulen vom 01.08.2026

Datum: 02.03.2026
Federführung: Bereich 53 - Frühkindliche Bildung und Betreuung
Organzuständigkeit: RAT

Beratungsfolge

Gremium	Geplante Sitzungstermine	Öffentlichkeitsstatus
Jugendhilfeausschuss	04.05.2026	Ö
Verwaltungsausschuss	19.05.2026	N
Rat der Hansestadt Lüneburg	21.05.2026	Ö

Beschlussvorschlag

1. Die Ausführungen zur Randzeiten- und Ferienbetreuung werden zur Kenntnis genommen. Die hierfür notwendigen zusätzlichen Mittel i.H.v. voraussichtlich 200.000 € (2026) und in Höhe von voraussichtlich rd. 958.000 € (2027) werden für den Haushalt 2026 bereitgestellt und die Verwaltung beauftragt, die für den Haushalt 2027 notwendigen Mittel in den Haushalt einzuplanen.
2. Die Neufassung der Benutzungs- und Elternbeitragsordnung der Hansestadt Lüneburg für die Einrichtungen der nachschulischen Betreuung an den Lüneburger Grundschulen wird durch die dieser Vorlage als Anlage beigefügte Änderungsordnung nebst Anlagen zum 01.08.2026 beschlossen.

Sachverhalt

Durch die Änderung des § 24 SGB VIII erhalten alle Grundschul Kinder ab dem Schuljahr 2026/27 aufwachsend mit Klasse 1 einen Anspruch auf schulische Ganztagsbetreuung sowie Betreuung in den Schulferien. Der Rat der Hansestadt Lüneburg hat in seiner Sitzung am 13.11.2025 (BV/12106/25) beschlossen, das Angebot des Landes Niedersachsen anzunehmen und den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an allen elf städtischen Grundschulen flächendeckend durch die Ganztagschule umzusetzen.

Die Umsetzung erfolgt an den städtischen Grundschulen ab dem 01.08.2026 bereits für alle 4 Jahrgänge. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung umfasst auch eine Betreuung in den Schulferien mit Ausnahme von vier Wochen Schließzeit. Auf Randzeitenbetreuung vor und nach der achtstündigen Ganztagschulzeit besteht kein Rechtsanspruch. Gleichwohl gibt es an den meisten Schulen in städtischer Trägerschaft einen Bedarf an einer Randzeitenbetreuung,

insbesondere am Nachmittag. Die Hansestadt Lüneburg wird daher eine Randzeitenbetreuung anbieten bzw. finanziell unterstützen, wenn die in der Benutzungs- und Elternbeitragsordnung genannten Voraussetzungen (mind. 3 Kinder pro Schule) erfüllt sind.

Die Ferien- und Randzeitenbetreuung wird nicht von der Ganztagsgrundschule angeboten, sondern liegt in der Verantwortung der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Mit dem inzwischen beschlossenen „Gesetz zur Stärkung der Angebote der Jugendarbeit im Ganzttag während der Schulferien“ wurde der § 24 Absatz 4 SGB VIII um einen weiteren Satz ergänzt, wonach der Anspruch auf Ganztagsförderung in den Schulferien auch dann als erfüllt gilt, wenn Angebote der Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII von öffentlichen und anerkannten freien Trägern der Jugendhilfe bereitgestellt werden. Auf diese Weise soll den Kommunen mehr Handlungsspielraum gegeben werden, da so während der Ferien neben den Angeboten öffentlicher Träger auch die ebenfalls bewährten Angebote anerkannter freier Träger (z.B. Ferienfreizeiten, Angebote von Jugendverbänden) als rechtsanspruchserfüllend gelten. Die Ergänzung des § 24 Abs. 4 tritt zum 1. August 2026 im Zuge der stufenweisen Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsförderung in Kraft. Diese Ausführungen dienen dazu aufzuzeigen, wie die Ferienbetreuung rechtlich und tatsächlich umgesetzt werden kann. Wie die Ferienbetreuung für die Schulstandorte in städtischer Trägerschaft ab dem Schuljahr 2026/2027 zunächst vorgesehen ist, ist den nachfolgenden Ausführungen zu entnehmen. Alles Weitere wird im Zuge der Arbeiten an dem Rahmenkonzept geklärt.

Der Ganztagsschulbetrieb erfolgt grundsätzlich durch den Einsatz von Lehrkräften und pädagogisch Mitarbeitenden der jeweiligen Grundschule. Die Ganztagsgrundschulen haben jedoch die Möglichkeit, die außerunterrichtlichen Angebote mit einem Kooperationspartner, wie unter anderem den nachschulischen Betreuungseinrichtungen der Hansestadt Lüneburg, zu gestalten.

Mit Ausnahme der Grundschule St. Ursula werden alle Grundschulen in städtischer Trägerschaft mit einem sogenannten primären Kooperationspartner zusammenarbeiten. Diese Kooperationspartner werden auch die nachschulische Randzeiten- und die Ferienbetreuung anbieten. Sie beabsichtigen in der Randzeiten- und Ferienbetreuung mit demselben Betreuungsschlüssel zu arbeiten wie bei den außerschulischen Angeboten im Ganzttag (siehe auch BV/12334/26).

Der als Anlage 1 beigefügten Übersicht ist zu entnehmen, mit welchen Kooperationspartnern die Schulen zusammenarbeiten werden und mit welchen Kosten die Träger aufgrund ihrer bisherigen Erfahrungen für die Randzeiten- und Ferienbetreuung rechnen.

Für die St. Ursula Grundschule wurde bei verschiedenen Trägern angefragt, ob sie eine Ferienbetreuung für die Schüler:innen dieser Schule anbieten können. Zwei Angebote sind eingegangen, die sich in der Prüfung befinden. Hinsichtlich der Randzeitenbetreuung laufen Gespräche mit der Schule, ob diese über pädagogisch Mitarbeitende der Schule mit abgedeckt werden können.

Die Betreuung im Rahmen der Ganztagschule ist mit Ausnahme der Mittagsverpflegung kostenlos. Ausgenommen von der Beitragsfreiheit sind außerdem die Ferienbetreuung in den Schulferien und die Randzeiten vor und nach der achtstündigen Ganztagsschulzeit.

Der Rechtsanspruch auf schulische Ganztagsbetreuung für acht Stunden am Tag macht es erforderlich, die Benutzungs- und Elternbeitragsordnung der Hansestadt Lüneburg für die Kindertagesstätten Horte, nachschulische Betreuung und sonstige Einrichtungen zu überarbeiten und anzupassen. Diese wurde in ihrer aktuellen Fassung zuletzt durch Beschluss des Rates vom 29.02.2024 (VO/11135/24) beschlossen. Die bestehenden städtischen Horte ((H)Ort Kaltenmoor und Hort Hermann Löns) werden zum 01.08.2026 in Einrichtungen der

nachschulischen Betreuung umgewandelt. Damit unterliegen diese Einrichtungen nicht mehr den engen Regularien des Niedersächsischen Kindertagesstättengesetzes (NKiTaG) und haben somit mehr Betreuungsflexibilität und mehr Betreuungskapazitäten (zu den Gründen im Einzelnen siehe auch BV/12106/25).

Mit der Umwandlung der städtischen Horte in Einrichtungen der nachschulischen Betreuung verbleiben die Dienst- und Fachaufsicht, die Personalsachbearbeitung sowie die Organisation und Umsetzung von Randzeiten außerhalb der achtstündigen Schulbetreuung und der Ferienbetreuung einschließlich der anzubietenden Randzeiten in der Zuständigkeit des Bereiches Frühkindliche Bildung und Betreuung der Hansestadt Lüneburg.

Die Anpassungen in der Benutzungs- und Elternbeitragsordnung ab 01.08.2026 umfassen insbesondere die Regelungen zu den zu leistenden Elternbeiträgen für die Betreuung in den Randzeiten (Früh- und/oder Spätdienst), in den Ferien einschließlich deren Randzeiten sowie für die Mittagsverpflegung in der Ferienbetreuung, sofern diese nicht direkt zwischen Caterer und den Familien abgerechnet werden. Ausgenommen hiervon sind die drei letzten vollen Wochen in den Sommerferien, in denen die Einrichtungen der nachschulischen Betreuung in der Schließzeit sind.

Der Elternbeitrag für die Randzeitbetreuung in der Schulzeit wird in unveränderter Höhe und weiterhin einkommensunabhängig erhoben. Aus Gründen der Gleichbehandlung zu den Randzeitenregelungen für die Kindertagesstätten erfolgt keine Anpassung des Beitrages.

Bei den bisherigen städtischen Horten haben die Eltern bislang keinen zusätzlichen Beitrag für die Ferienbetreuung gezahlt. Grund dafür war, dass der reguläre Beitrag ganzjährig erhoben wurde. Eine Ausnahme bildete nur die nachschulische Betreuung Hasenburger Berg. Hier wurde ein zusätzlicher Elternbeitrag für die Ferienbetreuung erhoben. Dieser beträgt 35,00 € je Woche pro Kind, das auch regulär in der nachschulischen Betreuung Hasenburger Berg betreut wird und 50,00 € je Woche pro Kind, das nicht regulär in der nachschulischen Betreuung Hasenburger Berg betreut wird.

Ab dem Schuljahr 2026/2027 erhöht sich der Elternbeitrag auf 24,00 € pro Ferienbetreuungstag, zusätzlich wird die Randzeit in der Ferienbetreuung mit 3,00 € je angefangene Stunde berechnet. Das Entgelt für die Ferienbetreuung und deren Randzeitbetreuung entfällt, wenn das bereinigte Bruttoeinkommen aller im Haushalt lebenden Personen 30.000,00 €/Jahr nicht übersteigt.

Zur Festsetzung des Elternbeitrages für die Ferienbetreuung und dessen Randzeit wurde die Beitragsfestsetzung umliegender Gemeinden betrachtet. In der Samtgemeinde Gellersen wird je Betreuungstag ein Elternbeitrag in Höhe von 16,00 € (80,00 € pro Ferienwoche) - ohne Mittagessen - erhoben, die Samtgemeinde Bardowick erhebt je Betreuungswoche einen Elternbeitrag in Höhe von 170,00 € einschließlich Mittagessen und Materialkosten. Neufestsetzungen durch die Hansestadt Lüneburg, wonach eine Ferienwoche 120,00 € ohne Mittagessen und Materialkosten betragen würde, bewegen sich somit im vergleichbaren Rahmen wie bei der Samtgemeinde Bardowick.

Aufgrund des Erfordernisses, den Prozess in kurzer Zeit umzusetzen mit dem Ziel des Inkrafttretens einer neuen Benutzungs- und Elternbeitragsordnung bis zum 01.08.2026 war der vorgesehene - und wie in der Vergangenheit erfolgreich durchgeführte gemeinsame Prozess zur Anpassung der Benutzungs- und Elternbeitragsordnung unter Einbindung Vertreter:innen aller Fraktionen leider nicht realisierbar.

Nächste Schritte:

Nach erfolgtem Ratsbeschluss werden mit den freien Trägern, die als Kooperationspartner für die Randzeiten- und Ferienbetreuung tätig werden, Gespräche zu Inhalt und Ausgestaltung der Verträge mit der Hansestadt Lüneburg für die Randzeiten- und Ferienbetreuung geführt. Gegenstand der Verträge soll hierbei auch die analoge Anwendung der neuen Benutzungs- und Elternbeitragsordnung sein.

Über den weiteren Prozess der Ausgestaltung der Randzeiten- und Ferienbetreuung wird weiterhin fortlaufend im Jugendhilfeausschuss informiert.

Ziel	Unterziel	Bewertung			
		++	+	-	--
Hochwertige Bildung		++	+	-	--
	Angebot von Bildungseinrichtungen, die kinder-, behinderten- und geschlechtergerecht sind	++			
	Zugang zu hochwertiger fachlicher und beruflicher Bildung für alle	++			
	Freizeitangebote für Jugendliche	++			
	Verbreitung von Informationen/Schaffung von Bewusstsein für eine nachhaltige Lebensweise (Klimaschutz, Klimaanpassung, Ernährung usw.)		+		
	Kulturförderung		+		
Weniger Ungleichheiten		++	+	-	--
	Förderung der Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit	++			
	Stärkung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie	++			

Finanzielle Auswirkungen:

Der Finanzierungsbedarf für die Ferien- und Randzeitenbetreuung (siehe Anlage) stellt sich für das Schuljahr 2026/2027 nach derzeitigem Stand der Kalkulation voraussichtlich wie folgt dar:

Ferienbetreuung:

Aufwand:	889.900 €
Ertrag (Elternbeiträge):	308.000 €
Eigenanteil HLG:	<u>581.900 €</u>

Randzeitenbetreuung:

Aufwand:	68.000 €
Ertrag:	25.500 €
Eigenanteil HLG:	<u>42.000 €</u>

In dieser vorläufigen Kalkulation sind noch nicht die Kosten für eine Randzeiten- und Ferienbetreuung an der St. Ursula Schule enthalten. Für den Zeitraum 07-12/2026, in den nur die Herbstferien fallen, wird der Aufwand auf rd. 200.000 € geschätzt.

Da ein Rechtsanspruch auf die Ferienbetreuung besteht und ein kostendeckender Elternbeitrag aufgrund der Einkommenssituation einiger Eltern dessen Inanspruchnahme unmöglich machen würde, wird der voraussichtliche Eigenanteil der Hansestadt Lüneburg nicht als freiwillige Leistung definiert.

Die für den Zeitraum 08-12/2026 benötigten Mittel können aus einem im Deckungskreis

gebildeten Haushaltsausgaberest im Teilhaushalt 53000/ Produkt 365001/365002 bereitgestellt werden.

Der kalkulatorische Finanzbedarf für 2027 (Monate 01-07/2027) sowie das beginnende Schuljahr 2027/2028 wird in den Haushaltsberatungen 2027 angemeldet.

Finanzielle Auswirkungen: ➤ ja

- Freiwillige Aufgabe vertraglich befristet bis: ja in Bezug auf Randzeitenbetreuung / unbefristet
- Pflichtaufgabe : ja in Bezug auf Ferienbetreuung mit Gestaltungsspielraum

Ausgaben / Einnahmen:

Zur Umsetzung der Maßnahme			Aktuelles HH-Jahr	HH-Jahr + 1	HH-Jahr + 2	HH-Jahr + 3	HH-Jahr + 4
Auszahlungen/ Aufwendungen	Investiv	HH-Plan					
		Lt. Vorlage					
	Ergebnis-haushalt	HH-Plan	0	0	0	0	0
		Lt. Vorlage	200.000	958.000	958.000	958.000	958.000
Einzahlungen/ Erträge	Investiv	HH-Plan					
		Lt. Vorlage					
	Ergebnis-haushalt	HH-Plan	0	0	0	0	0
		Lt. Vorlage	10.000	334.000	334.000	334.000	334.000

Finanzielle Mittel sind haushaltsrechtlich gesichert: ➤ für 2026 ja
für 2027: in den Haushalt einzuplanen.

Investitionsnummer:			
Teilhaushalt:	53000	Produkt:	365001
sofern ja (*wenn zutreffend, bitte diese Zeile löschen / wenn nicht zutreffend Zeile + Absatz darunter löschen):			
Haushaltsjahr:	2026 ff.		
Mittelherkunft:	2026: HAR aus Deckungskreis 2027 ff: einzuplanen		

Beschlussfassung vorbehaltlich der kommenden HH-Planung: ➤ ja

Prüfung möglicher Drittmittel ist erfolgt: ➤ nein

Personelle Auswirkungen / Auswirkungen auf Stellenplan: ➤ nein

Anlage/n

- Anlage 1: Anlage 1 zu VO_12376_26_GTS - Randzeiten- und Ferienbetreuung_Kooperationspartner und vorläufige Kalkulation (öffentlich)
- Anlage 2: Anlage 2_Entwurf der Benutzungs- und Elternbeitragsordnung (öffentlich)
- Anlage 3: Anlage 3_Synoptische Gegenüberstellung der alten und neuen Benutzungs- und Elternbeitragsordnung (öffentlich)

GTS - Randzeiten- und Ferienbetreuung/ Kooperationspartner und vorläufige Kalkulation

Grundschule & Kooperationspartner	Prozentualer Anteil an Kindern in der Randzeitenbetreuung (gerechnet auf 80 % Kinder im Ganztag)	Anzahl der Kinder in der Randzeitenbetreuung	Kosten für die Randzeitenbetreuung	Erträge aus der Randzeitenbetreuung	tatsächliche Kosten Randzeitenbetreuung für HLG (Fehlbetrag)	Prozentualer Anteil an Kindern in der Ferienbetreuung (gerechnet auf 80 % Kinder im Ganztag)	Anzahl der Kinder in der Ferienbetreuung	Kosten für die Ferienbetreuung	Erträge aus der Ferienbetreuung	tatsächliche Kosten Ferienbetreuung für HLG (Fehlbetrag)
GS Hasenburger Berg (NSB)	15%	39	im Gesamtbudget (Personalkosten) enthalten		im Gesamtbudget (Personalkosten) enthalten	50%	130	im Gesamtbudget (Personalkosten) enthalten		im Gesamtbudget (Personalkosten) enthalten
Igelschule (UMI Igelschule e.V.)	15%	39	14.395,14 €	675,00 €	13.720,14 €	50%	132	118.238,58 €	28.449,00 €	89.789,58 €
St.-Ursula-Schule (ohne)	15%	23	mangels Träger noch unklar	mangels Träger noch unklar	mangels Träger noch unklar	50%	77	mangels Träger noch unklar	- €	mangels Träger noch unklar
Anne-Frank-Schule (Hort)	13%	34	im Gesamtbudget (Personalkosten) enthalten	6.400,00 €	im Gesamtbudget (Personalkosten) enthalten	42%	110	im Gesamtbudget (Personalkosten) enthalten		im Gesamtbudget (Personalkosten) enthalten
GS Häcklingen (PädIn e.V.)	15%	33	23.426,17 €	7.586,17 €	15.840,00 €	50%	110	56.348,80 €	21.845,33 €	34.503,47 €
GS im Roten Feld (PädIn e. V.)	kein Bedarf erkannt	kein Bedarf erkannt	kein Bedarf erkannt	kein Bedarf erkannt	kein Bedarf erkannt	50%	108	183.384,00 €	65.404,80 €	117.979,20 €
Hermann-Löns-Schule (Hort)	15%	22	im Gesamtbudget (Personalkosten) enthalten		im Gesamtbudget (Personalkosten) enthalten	50%	74	im Gesamtbudget (Personalkosten) enthalten		im Gesamtbudget (Personalkosten) enthalten
GS Am Sandberg (PädIn e. V.)	kein Bedarf erkannt	kein Bedarf erkannt	kein Bedarf erkannt	kein Bedarf erkannt	kein Bedarf erkannt	50%	32	57.248,00 €	24.324,00 €	32.924,00 €
Heiligengeistsschule (PädIn e. V.)	kein Bedarf erkannt	kein Bedarf erkannt	kein Bedarf erkannt	kein Bedarf erkannt	kein Bedarf erkannt	35%	52	88.296,00 €	29.785,60 €	58.510,40 €
GS Lüne (PädIn e. V.)	kein Bedarf erkannt	kein Bedarf erkannt	kein Bedarf erkannt	kein Bedarf erkannt	kein Bedarf erkannt	50%	145	246.210,00 €	87.812,00 €	158.398,00 €
GS Kreideberg (AWOCADO)	15%	27	30.134,95 €	10.850,00 €	19.284,95 €	50%	90	140.243,83 €	50.500,00 €	89.743,83 €
Gesamtsumme			67.956,26 €	25.511,17 €	42.445,09 €			889.969,21 €	308.120,73 €	581.848,48 €

Legende:

- bestehende Ganztagsgrundschulen
- neue Ganztagsgrundschulen



Anlage 2 zur Vorlage BV/12376/26

Benutzungs- und Elternbeitragsordnung der Hansestadt Lüneburg für die Einrichtungen der nachschulischen Betreuung an den Lüneburger Grundschulen vom 01.08.2026

Aufgrund der §§ 10 Abs. 1, 11 und 58 Absatz 1 Nr. 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der jeweils geltenden Fassung sowie der §§ 90 Abs. 1 und 24 Absatz 4 des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfegesetz – (SGB VIII) in der jeweils geltenden Fassung hat der Rat der Hansestadt Lüneburg am XX.XX.2026 beschlossen:

Präambel

Durch die Änderung des § 24 SGB VIII erhalten alle Grundschul Kinder ab dem Schuljahr 2026/27 aufwachsend mit Klasse 1 einen Anspruch auf schulische Ganztagsbetreuung sowie Betreuung in den Schulferien. Der Rat der Hansestadt Lüneburg hat daher auf Empfehlung der Hansestadt Lüneburg in seiner Sitzung am 13.11.2025 beschlossen, das Angebot des Landes Niedersachsen anzunehmen und den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an allen elf städtischen Grundschulen flächendeckend durch die Ganztagschule umzusetzen, zumal nur dadurch die flächendeckende Beitragsfreiheit, schuleinheitliche pädagogische Konzepte und die zugesagte finanzielle Unterstützung durch das Land realisiert werden können. Ausgenommen von der Beitragsfreiheit sind die anteilige Ferienbetreuung in den Schulferien und die Randzeiten vor und nach der achtstündigen Ganztagschulzeit sowie in der Ferienbetreuung. Der Ganztagsschulbetrieb erfolgt grundsätzlich durch Einsatz der Lehrkräfte der jeweiligen Grundschule. Die Ganztagsgrundschulen haben jedoch die Möglichkeit, die außerunterrichtlichen Angebote mit einem Kooperationspartner, wie unter anderem den nachschulischen Betreuungseinrichtungen der Hansestadt Lüneburg, zu gestalten.

§ 1**Allgemeines**

- (1) Die Hansestadt Lüneburg unterhält Einrichtungen der nachschulischen Betreuung für Grundschul Kinder. Die Einrichtungen dienen der Erziehung, Bildung und Betreuung (Förderung) von Kindern. Sie haben einen eigenen Erziehungs- und Bildungsauftrag und ergänzen und unterstützen die Erziehung und Förderung der Kinder in der Familie und in der Schule.
- (2) Für die Nutzung der Einrichtung in den Randzeiten und in der Ferienbetreuung wird mit dem Personensorgeberechtigten ein privatrechtlicher Vertrag gemäß den nachfolgenden Regelungen geschlossen.
- (3) Die Personensorgeberechtigten betreffenden Bestimmungen dieser Benutzungs- und Elternbeitragsordnung gelten für in einem gemeinsamen Haushalt lebende Elternteile eines Kindes entsprechend.

§ 2**Aufnahme**

- (1) An der Randzeitbetreuung können nur Kinder teilnehmen, die eine Einrichtung zur nachschulischen Betreuung am jeweiligen Schulstandort besuchen.
- (2) In die Ferienbetreuung werden vorrangig Kinder aufgenommen, die die nachschulische Betreuung am jeweiligen Schulstandort besuchen. Sofern in der Ferienbetreuung freie Plätze vorhanden sind, können diese vorrangig von Kindern in Anspruch genommen werden, die ihren Hauptwohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Stadtgebiet der Hansestadt Lüneburg haben.
- (3) Kinder ohne Hauptwohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in der Hansestadt Lüneburg sollen



nicht in die Ferienbetreuung aufgenommen werden. Sie können im Einzelfall aufgenommen werden, wenn hierdurch keine Kinder mit Hauptwohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in Lüneburg abgewiesen werden müssen.

- (4) Die Anmeldung der Kinder zur Randzeit- und Ferienbetreuung erfolgt über die jeweilige Einrichtungsleitung.
- (5) Um die Erreichbarkeit des Personensorgeberechtigten in außergewöhnlichen Situationen (z.B. Krankheit des Kindes) zu gewährleisten, ist der Personensorgeberechtigte ab der Aufnahme des Kindes verpflichtet, der jeweiligen Einrichtung die aktuellen Kontaktdaten (Telefonnummer Festnetzanschluss oder Arbeitsplatz, Mobilnummer, ggf. E-Mail-Adresse) mitzuteilen. Änderungen der persönlichen Kontaktdaten (Anschrift, Telefon- / Mobilnummer, E-Mail-Adresse) sind der Einrichtung umgehend mitzuteilen.

§ 3

Betreuung in den Randzeiten

Die Einrichtungen der nachschulischen Betreuung bieten individuelle Randzeiten an. In den Randzeiten wird Kindern vor, nach oder vor und nach der Ganztagsbetreuung durch die Schule und deren Kooperationspartner durch die nachschulische Einrichtung eine Betreuung angeboten. Ein Anspruch auf Betreuung zu den Randzeiten (Früh- oder Spätdienst) besteht in einer Einrichtung, wenn die in den Randzeiten zu betreuende Gruppe mindestens 3 Kinder umfasst.

§ 4

Wechsel der Schule und der Einrichtung

- (1) Die Nutzungsverträge werden jeweils für eine bestimmte Einrichtung der nachschulischen Betreuung für die Betreuung in den Randzeiten geschlossen, für die die Anmeldung des Kindes erfolgt ist.
- (2) Für einen Wechsel von einer Einrichtung der nachschulischen Betreuung zu einer anderen bei einem Schulwechsel bedarf es eines neuen Vertragsschlusses.
- (3) Für die Ferienbetreuung und einer in der Ferienbetreuung ggf. angebotenen und in Anspruch genommenen Randzeitbetreuung wird ein gesonderter Nutzungsvertrag geschlossen.

§ 5

Mitteilungspflicht bei Abwesenheit und Erkrankung

- (1) Die Leitung der jeweiligen Einrichtung der nachschulischen Betreuung ist unverzüglich zu benachrichtigen, wenn das Kind vorübergehend die Ferienbetreuung der nachschulischen Einrichtung nicht besuchen kann. Auf den Grund kommt es hierbei nicht an.
- (2) Besteht beim betreuten Kind ein begründeter Verdacht einer Infektionskrankheit, die unter die Regelungen des § 34 IFSG fällt, erkrankt das Kind nachweislich an einer ansteckenden Krankheit, die unter die Regelungen des § 34 IFSG fällt (wie z.B. Diphtherie, Gastroenteritis (infektiöser Durchfall), Hand- und Fußkrankheit, Keuchhusten, Krätze, Masern, Mumps, Röteln, Scharlach, Windpocken oder ähnliches) oder besteht beim Kind ein Befall von Kopfläusen, ist die Einrichtung umgehend zu unterrichten. Das Kind ist in diesen Fällen gemäß § 34 Absatz 1 IFSG vom Besuch der Ferienbetreuung in der nachschulischen Betreuung ausgeschlossen, bis die Krankheit ausgeheilt ist und eine Ansteckungsgefahr für andere Kinder und Beschäftigte der Einrichtung der nachschulischen Betreuung nicht mehr gegeben ist. Die jeweils aktuellen Regelungen des § 34 IFSG sind zu beachten.
- (3) Das Kind muss beim Besuch der Ferienbetreuung in der nachschulischen Einrichtung frei von erhöhter Temperatur sein (Temperatur unter 37,6°). Der Besuch der Einrichtung darf erst wieder erfolgen, wenn das Kind ohne die Gabe fiebersenkender Medikamente 24 Stunden symptomfrei



ist.

- (4) Sofern das betreute Kind während der Betreuungszeit erkrankt bzw. sich krank fühlt, entscheidet die pädagogische Fachkraft zusammen mit der Leitung der Einrichtung der nachschulischen Betreuung, ob eine weitere Betreuung erfolgen kann. Sofern die Betreuung nicht weiter erfolgen kann, sind die Personensorgeberechtigten verpflichtet, das Kind umgehend aus der Betreuung abzuholen.
- (5) Das Kind ist auf dem direkten Hin- und Rückweg zur/von der Einrichtung der nachschulischen Betreuung Kindertagesstätte sowie bei Unfällen in der Einrichtung über die gesetzliche Unfallversicherung versichert. Während der Öffnungszeiten der nachschulischen Betreuung sind die pädagogisch tätigen Betreuungskräfte für die ihnen anvertrauten Kinder aufsichtspflichtig. Die Aufsichtspflicht der Hansestadt Lüneburg beginnt mit der Übernahme des Kindes durch die Betreuungskräfte der Einrichtung. Sie endet mit der konkreten Übergabe an den Personensorgeberechtigten, die von ihm beauftragte Person oder bei Antritt des Heimweges, wenn das Kind mit schriftlicher Erklärung der/des Personensorgeberechtigten eigenständig nach Hause geht. Dies gilt auch bei Veranstaltungen in der Einrichtung, an denen der Personensorgeberechtigte teilnimmt (z.B. Theateraufführungen, Sommerfest u.ä.). Entfernt sich ein Kind während der Betreuungszeit unerlaubt aus der Einrichtung, haftet die Hansestadt Lüneburg für hieraus resultierende Schäden nur, wenn eine Aufsichtspflichtverletzung des Betreuungspersonals vorliegt.

§ 6 Entgelte

- (1) Für die ganztagsschulgebundene Betreuung aller Grundschüler:innen wird bis zu einer Betreuungszeit von acht Stunden an fünf Tagen in der Woche kein Betreuungsgeld erhoben.
- (2) Für die Nutzung der Randzeitbetreuung während der Schulzeit wird einkommensunabhängig ein privatrechtliches Entgelt von den Personensorgeberechtigten des Kindes, die mit diesem in einem Haushalt leben, wie folgt erhoben:

Früh- oder Spätdienst täglich	1/2 Stunde	3/4 Stunde	1 Stunde
Betrag je Sonderöffnungszeit im Monat	8 €	12 €	16 €

- (3) Für die Nutzung der Ferienbetreuung und einer ggf. angebotenen und in Anspruch genommenen Randzeit während der Ferienbetreuung wird ein privatrechtliches Entgelt von den Personensorgeberechtigten des Kindes, die mit diesem in einem Haushalt leben, erhoben. Bei einem Betreuungsumfang von acht Stunden/Tag beläuft sich das Entgelt auf 24,00 € je Betreuungstag, die Kosten für das Mittagessen sind darin nicht enthalten. Die Randzeiten während der Ferienbetreuung werden mit 3,00 € je angefangene Stunde berechnet. Die Kosten für die Teilnahme an Ausflügen (u.a. Eintrittsgelder und Fahrtkosten) sind in diesem Beitrag nicht enthalten und von den Personensorgeberechtigten gesondert zu zahlen.
- (4) Das Entgelt für die Ferienbetreuung und deren Randzeitbetreuung entfällt, wenn das bereinigte Bruttoeinkommen aller im Haushalt lebenden Personen 30.000,00 € nicht übersteigt. In diesem Fall ist von den Personensorgeberechtigten die Erklärung zum Einkommen gemäß dem Muster in der Anlage I vollständig abzugeben. Der Vordruck wird dem Personensorgeberechtigten von den Einrichtungen der nachschulischen Betreuung oder vom Bereich Frühkindliche Bildung und Betreuung - Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt. Der vollständig ausgefüllte Vordruck ist unter der Anschrift Hansestadt Lüneburg, Postfach 25 40, 21315 Lüneburg einzureichen. Sofern Sozialleistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII), Asylbewerberleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) oder Kinderzuschlag nach dem Bundeskindergeldgesetz (BKGG) bezogen wird, ist der jeweils aktuelle Bescheid einzureichen. Die Hansestadt Lüneburg kann die Angaben überprüfen und die Vorlage der entsprechenden Nachweise verlangen. Unterbleibt die Abgabe einer Erklärung über das Einkommen, ist das Entgelt nach § 6 Absatz 2 entsprechend zu entrichten. Die Erklärung ist auf Anforderung im



jeweils nächsten Schuljahr erneut abzugeben.

- (5) An der Mittagsverpflegung nehmen alle Kinder in der Ferienbetreuung teil. Ist eine Anmeldung für die Ferienbetreuung erfolgt, besteht die Pflicht zur Entrichtung des Entgelts unabhängig von der tatsächlichen Inanspruchnahme des Verpflegungsangebotes.
- (6) Die Abrechnung der Mittagsverpflegung in der Ferienbetreuung erfolgt grundsätzlich direkt mit dem Caterer, der die Einrichtung auch während der Schulzeiten mit der Mittagsverpflegung versorgt. Erfolgt die Abrechnung direkt mit der Einrichtung, wird ein privatrechtliches Entgelt je Betreuungstag in Höhe von 3,60 € erhoben.
- (7) Sofern das Kind und/oder sein Personensorgeberechtigter einen Anspruch auf Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII), Asylbewerberleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) oder Kinderzuschlag nach dem Bundeskindergeldgesetz (BKGG) haben, kann beim zuständigen Leistungsträger ein Antrag auf Befreiung der Verpflegungskosten gestellt werden. Sofern ein Anspruch auf Ermäßigung nach § 90 SGB VIII vorliegt, wird auf Antrag des Personensorgeberechtigten für die Mittagsverpflegung in der Ferienbetreuung ein ermäßigtes privatrechtliches Entgelt je Betreuungstag in Höhe von 2,85 € erhoben. Nähere Informationen sind auf den Homepages der Sozialleistungsträger abrufbar.
- (8) Über die Höhe des für das jeweilige Schuljahr zu entrichtende monatliche Gesamtentgelt für die Randzeitbetreuung, bzw. für die Ferienbetreuung mit einer ggf. gebuchten Randzeit wird der mit dem Kind in einem Haushalt lebende Personensorgeberechtigte schriftlich informiert. Die Entgelte werden jeweils für 12 Monate einschließlich der festgesetzten Schließzeiten der Einrichtung, bzw. für die Dauer der vertraglich festgelegten Ferienbetreuung erhoben. Vor Beginn eines neuen Schuljahres bzw. der anstehenden Ferienbetreuung sowie im Falle der Änderung entgelterheblicher Umstände im laufenden Schuljahr erfolgt eine erneute Mitteilung.
- (9) Der mit dem Kind in einem Haushalt lebende Personensorgeberechtigte ist verpflichtet, der Hansestadt Lüneburg wesentliche Änderungen in den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen mitzuteilen. Eine wesentliche Änderung liegt insbesondere vor, wenn sich das bereinigte Bruttoeinkommen aller im Haushalt lebenden Personen im Sinne des Absatz 4 auf über 30.000,00 € erhöht oder sich die Zahl der im Haushalt lebenden Personen verändert.

§ 7

Bereinigtes Bruttoeinkommen

Das für die Ermittlung des Entgelts nach § 6 Absatz 4 maßgebliche Einkommen ist die Summe aller Bruttoeinnahmen, die in dem jeweiligen Schuljahr vorausgehenden Jahr erzielt wurden. Zu berücksichtigen sind auch sonstige steuerfreie Einkünfte des Kindes und des mit dem Kind in einem Haushalt lebenden Personensorgeberechtigten ohne Berücksichtigung der Eigenheimzulage nach dem Eigenheimzulagengesetz. Als Freibetrag werden berücksichtigt:

- der einfache Kinderfreibetrag in der zum Zeitpunkt der Beitragsfestsetzung geltenden Höhe für die unterhaltsberechtigten und im Haushalt lebenden Kinder. Informationen zum Kinderfreibetrag sind auf der Homepage des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter dem Reiter: „Themen-Familien-Familienleistungen-Freibeträge für Kinder“ abrufbar,
- der Werbungskostenpauschalbetrag der Personensorgeberechtigten mit steuerpflichtigem Einkommen, die mit dem Kind in einem Haushalt leben in der jeweils aktuellen Höhe pro steuerpflichtig erwerbstätigen Personensorgeberechtigten,
- ein Pauschalbetrag in der jeweils aktuellen Höhe für Vorsorgeaufwendungen pro mit dem Kind in einem Haushalt lebenden Personensorgeberechtigten.

Der Kinderfreibetrag kann nur für Kinder geltend gemacht werden, die nach dem Bundeskindergeldgesetz berücksichtigungsfähig sind und noch nicht das 25. Lebensjahr vollendet haben.



§ 8

Ermäßigung wegen Krankheit

Bei krankheitsbedingter Abwesenheit des Kindes von der Randzeit während der Schulzeit, deren Dauer den Zeitraum von drei Wochen übersteigt, ermäßigt sich das Entgelt gemäß § 6 Absatz 1 auf Antrag und nach Vorlage eines Attests nach diesen drei Wochen um 50%.

§ 9

Beginn und Ende der Entgeltzahlungspflicht, Fälligkeit

- (1) Das Entgelt für die Randzeitbetreuung ist ab dem ersten Tag des Monats der Inanspruchnahme der Randzeitbetreuung während der Schulzeit bis zum Wirksamwerden der Kündigung des Betreuungsplatzes monatlich zu entrichten.
- (2) Das Entgelt ist bis zum 5. eines jeden Monats im Voraus an die Hansestadt Lüneburg zu zahlen.
- (3) Das Entgelt für die Teilnahme an der Ferienbetreuung und einer ggf. angebotenen und in Anspruch genommenen Randzeit werden nach der verbindlichen Anmeldung separat in Rechnung gestellt und ist bei Zahlungsfälligkeit an die Hansestadt Lüneburg zu zahlen.

§ 10

Entgelterstattung

- (1) Fällt an mindestens fünf Betreuungstagen im Monat die Randzeitbetreuung während der Schulzeit aus Gründen aus, die der Träger zu verantworten hat (z.B. Personalmangel durch Krankheit oder Streik) und die nicht durch § 12 dieser Benutzungs- und Elternbeitragsordnung legitimiert sind, wird dem Personensorgeberechtigten das Entgelt für den Zeitraum der ausgefallenen Betreuung erstattet. Die Erstattung erfolgt jeweils quartalsweise.
- (2) Der Verwaltungsausschuss wird ermächtigt, eigenständig über eine Erstattung der Elternbeiträge an die Personensorgeberechtigten zu entscheiden, wenn die Betreuung der Kinder in Pandemiezeiten oder vergleichbaren Notsituationen nicht sichergestellt werden kann.

§ 11

Kündigung

- (1) Die Kündigung einer Randzeitbetreuung während der Schulzeit ist mit einer Kündigungsfrist von einem Monat zum Ende des jeweiligen Schulhalbjahres möglich.
- (2) Die Randzeitbetreuung während der Schulzeit kann außerordentlich zum Ende des laufenden Monats gekündigt werden
 1. durch die Hansestadt Lüneburg
 - bei wiederholtem unentschuldigtem Fehlen des Kindes über einen Zeitraum von mehr als einer Woche,
 - bei wiederholten Verstößen gegen die Benutzungsordnung,
 - bei Entstehen einer unzumutbaren Belastung durch das Verhalten des Kindes oder des Personensorgeberechtigten für den Betrieb der nachschulischen Betreuung,
 - bei Zahlungsverzug in Höhe von mindestens einem Monatsentgelt über einen Zeitraum von länger als zwei Monaten,
 - aus einem sonstigen wichtigen Grund.
 2. durch den Personensorgeberechtigten
 - bei Abmeldung des Hauptwohnsitzes oder Beendigung des gewöhnlichen Aufenthaltes des Kindes in der Hansestadt Lüneburg einschließlich eines Schulwechsels,
 - bei schwerer Erkrankung des Kindes,
 - im Fall der Erhöhung des Entgelts gemäß Ziffer I der Anlage 1 durch die Hansestadt Lüneburg um mehr als 10 %,
 - bei Wechsel der Schule,



- aus einem sonstigen wichtigen Grund.

(3) Die Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 12

Ferienregelung

- (1) Die Öffnungs- und Betreuungszeiten der Einrichtung der nachschulischen Betreuung haben dem Wohl des Kindes und den Belangen des mit dem Kind in einem Haushalt lebenden Personensorgeberechtigten Rechnung zu tragen.
- (2) Die Schließzeit während eines Schuljahres werden auf maximal 4 Wochen begrenzt. Die Einrichtungen der nachschulischen Betreuung werden drei Wochen pro Kalenderjahr in den letzten drei vollen Wochen der Sommerferien der Schulen sowie zwischen Weihnachten und Neujahr (24.12. – 01.01. eines Jahres) für maximal vier Tage geschlossen. Für weitere Schließtage sind die Schulbrückentage zu nutzen. Die Einrichtungsleitung wird die Personensorgeberechtigten spätestens im Herbst des Vorjahres über die Schließzeiten im folgenden Schuljahr informieren.
- (3) Sofern der Betrieb der Einrichtung der nachschulischen Betreuung während der Ferienbetreuung und einer ggf. angebotenen Randzeit durch Erkrankung mehrerer Mitarbeiter:innen eingeschränkt werden muss, kann es zu verkürzten Öffnungszeiten, Reduzierung oder Zusammenlegung von Gruppen bzw. zu Schließung der Einrichtung kommen. Der Personensorgeberechtigte wird zeitnah durch die Einrichtung benachrichtigt.

§ 13

Kleidung

Die Kleidung der Kinder soll zweckmäßig sein. Verlorengegangene oder beschädigte Kleidung sowie Spielzeug werden nur ersetzt, wenn Verlust oder Beschädigung auf grob fahrlässiges oder vorsätzliches Handeln der Mitarbeiter:innen der Einrichtung zurückzuführen ist.

§ 14

Anlagen / Schlussbestimmungen

Die Anlage 1 dieser Benutzungs- und Elternbeitragsordnung dient der/den Personensorgeberechtigten zur Information und Orientierung und können bei Änderung der Werbungskosten, des Kinderfreibetrages sowie der Vorsorgeaufwendungen ohne Änderung der Benutzungs- und Elternbeitragsordnung angepasst werden.

Diese Benutzungs- und Elternbeitragsordnung ist alle drei Jahre auf ihre Aktualität zu überprüfen.

§ 15

Inkrafttreten

Diese Benutzungs- und Elternbeitragsordnung tritt zum 01.08.2026 in Kraft. Die bisherige Benutzungs- und Elternbeitragsordnung der Hansestadt Lüneburg für die Kindertagesstätten Horte, nachschulische Betreuung und sonstige Einrichtungen vom 29.02.2024 wird durch diese Benutzungs- und Elternbeitragsordnung ersetzt.

Lüneburg, den **XX.XX.2026**

Claudia Kalisch
Oberbürgermeisterin



Veröffentlicht am **XX.XX.2026** im Amtsblatt für den Landkreis Lüneburg Nr. **X**



Anlage I

Erklärung zum Einkommen Hinweise:

Zur Feststellung, ob Ihr bereinigtes Einkommen den Betrag von 30.000,00 € nicht übersteigt – Befreiung vom Elternbeitrag während der Ferienbetreuung in der städtischen Einrichtung der nachschulischen Betreuung - ist eine Erklärung zum Einkommen der Personensorgeberechtigten (gleichgestellt sind die im gemeinsamen Haushalt lebenden Eltern) abzugeben. Soweit keine Erklärung abgegeben wurde, ist der volle Elternbeitrag für die gebuchte Ferienbetreuung zu entrichten. Dies gilt auch, wenn falsche oder unvollständige Angaben zum Einkommen gemacht wurden. Es wird darauf hingewiesen, dass die Hansestadt Lüneburg berechtigt ist, die Angaben zu prüfen. Gegebenenfalls sind die Angaben glaubhaft nachzuweisen. In Zweifelsfragen kann die Leitung der Einrichtung der nachschulischen Betreuung oder auch der Bereich Frühkindliche Bildung und Betreuung, Team Kindertagesstätten Auskunft über die Ermittlung des Elternbeitrags geben.

Kind/Kinder

Name, Vorname, Geburtsdatum	
Name der Einrichtung der nachschulischen Betreuung / Schule	
Beginn der Ferienbetreuung	Voraussichtliches Ende der Ferienbetreuung

Personensorgeberechtigte/-r 1

Name, Vorname		erwerbstätig als
Telefon	E-Mail-Adresse	
Anschrift (Straße, PLZ, Ort)		

Personensorgeberechtigte/-r 2

Name, Vorname		erwerbstätig als
Telefon	E-Mail-Adresse	
Anschrift (Straße, PLZ, Ort)		



Einnahmen aus dem Kalenderjahr 01.01. bis 31.12. _____

(negative Einkünfte bei einzelnen Einkunftsarten werden nicht berücksichtigt)

	Personensorgeberechtigt e/-r 1in €	Personensorgeberechtigt te/-r2h€
1. Bruttoarbeitslohn jährlich des letzten Kalenderjahres (Betrag entnommen aus der Lohnsteuerkarte oder dem Bescheid über den Lohnsteuerjahresausgleich oder der Verdienstbescheinigung des Arbeitgebers)		
Einnahmen aus den Nummern 2 bis 6 gemäß Einkommenssteuerbescheid von 20_____		
2. aus selbständiger Arbeit		
3. aus Gewerbebetrieb		
4. aus Land- und Forstwirtschaft		
5. aus Kapitalvermögen (über Sparerfreibeträge)		
6. aus Vermietung und Verpachtung		
7. Steuerfreie Einkünfte insbesondere: BaföG, Unterhaltszahlungen, Unterhaltsvorschuss, Krankengeld, Renten, Leistungen von der Agentur für Arbeit (z.B. Arbeitslosengeld, Neue Grundsicherung für Arbeitssuchende vorher: Bürgergeld, Unterhaltsgeld, Berufsausbildungsbeihilfe, Kurzarbeitergeld), Mutterschaftsgeld, Lastenzuschuss, Wohngeld, Elterngeld (abzgl. Freibetrag v. mtl. 300,- €), Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz, Einkünfte auf Minijob-Basis, Leistungen vom Sozialamt, Kindergeldzuschlag.		
8. Kindergeld		
Einnahmen insgesamt		
Freibeträge		
./.. Werbungskosten in Höhe von 1.230,- € je steuerpflichtiges Einkommen der Personensorgeberechtigten (höhere Werbungskosten werden nicht berücksichtigt) _____ x 1.230 €		
./.. Kinderfreibetrag in Höhe von 4.878 € je unterhaltsberechtigtem Kind, das nach dem Bundeskindergeldgesetz berücksichtigungsfähig ist und noch nicht das 25. Lebensjahr vollendet hat _____ x 4.878 €		
./.. Vorsorgeaufwendungen in Höhe des Pauschalbetrags von 4.200 € für Ehepaare und 2.100 € für Alleinstehende.		
Freibeträge insgesamt		
Einnahmen - Freibeträge = beitragspflichtiges Jahreseinkommen		
Elternbeitrag		

Mir ist bekannt, dass erforderlichen persönlichen und wirtschaftlichen Daten unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Datenschutzes erfasst, gespeichert und bearbeitet werden.

Ich versichere, dass die Angaben in diesem Antrag den Tatsachen entsprechen, vollständig und richtig sind. Dies gilt insbesondere für die Einkommensverhältnisse der im Haushalt lebenden Personensorgeberechtigten und deren Kinder.

Ich bin gemäß § 6 Absatz 4 der Benutzungs- und Elternbeitragsordnung verpflichtet, dem Fachbereich Familie und Bildung wesentliche Veränderungen in den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen mitzuteilen.

Gemäß § 6 Absatz 4 ist der Elternbeitrag für die Ferienbetreuung unter anderem dann neu festzusetzen, wenn sich

- das bereinigte Bruttoeinkommen auf über 30.000,00 € erhöht,
- die Zahl der Personen, die im gemeinsamen Haushalt leben, verändert.

Mir ist bekannt, dass wissentlich falsche oder unvollständige Angaben strafrechtlich verfolgt werden können (§263 Strafgesetzbuch -Betrug-) und Elternbeiträge nachgefordert werden. Ferner kann der Betreuungsplatz fristlos gekündigt werden.

Datum, Ort

Unterschrift der Personensorgeberechtigten

Synoptische Gegenüberstellung

<p>Derzeit geltende Fassung der Benutzungs- und Elternbeitragsordnung der Hansestadt Lüneburg für die Kindertagesstätten Horte, nachschulische Betreuung und sonstige Einrichtungen vom 29.02.2024</p>	<p>Vorgesehene Änderungen: Benutzungs- und Elternbeitragsordnung der Hansestadt Lüneburg für die Einrichtungen der nachschulischen Betreuung an den Lüneburger Grundschulen vom 01.08.2026</p>
<p>Aufgrund der §§ 10 Abs. 1, 11 und 58 Abs. 1 Nr. 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17. Oktober 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch § 4 des Gesetzes vom 12. November 2015 (Nds. GVBl. S. 311), i.V.m. § 22 des Niedersächsischen Gesetzes über Kindertagesstätten und Kindertagespflege (NKiTaG) vom 07. Juli 2021 (Nds. GVBl. S. 470) in der zurzeit geltenden Fassung und § 90 Abs. 1 des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfegesetz – (SGB VIII) in der Fassung vom 11. September 2012 (BGBl. I, S. 2022), zuletzt geändert durch Art. 42 des Gesetzes vom 20. August 2021 (BGBl. I S. 3932), hat der Rat der Hansestadt Lüneburg am 29.02.2024 beschlossen:</p>	<p>Aufgrund der §§ 10 Abs. 1, 11 und 58 Absatz 1 Nr. 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der jeweils geltenden Fassung sowie der §§ 90 Abs. 1 und 24 Absatz 4 des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfegesetz – (SGB VIII) in der jeweils geltenden Fassung hat der Rat der Hansestadt Lüneburg am XX.XX.2026 beschlossen:</p>
	<p style="text-align: center;">Präambel</p> <p>Durch die Änderung des § 24 SGB VIII erhalten alle Grundschul Kinder ab dem Schuljahr 2026/27 aufwachsend mit Klasse 1 einen Anspruch auf schulische Ganztagsbetreuung sowie Betreuung in den Schulferien. Der Rat der Hansestadt Lüneburg hat daher auf Empfehlung der Hansestadt Lüneburg in seiner Sitzung am 13.11.2025 beschlossen, das Angebot des Landes Niedersachsen anzunehmen und den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an allen elf städtischen Grundschulen flächendeckend durch die Ganztagschule umzusetzen, zumal nur dadurch die flächendeckende Beitragsfreiheit, schuleinheitliche pädagogische Konzepte und die zugesagte finanzielle Unterstützung durch das Land realisiert werden können. Ausgenommen von der</p>

	<p>Beitragsfreiheit sind die anteilige Ferienbetreuung in den Schulferien und die Randzeiten vor und nach der achtstündigen Ganztagsschulzeit sowie in der Ferienbetreuung.</p> <p>Der Ganztagsschulbetrieb erfolgt grundsätzlich durch Einsatz der Lehrkräfte der jeweiligen Grundschule. Die Ganztagsgrundschulen haben jedoch die Möglichkeit, die außerunterrichtlichen Angebote mit einem Kooperationspartner, wie unter anderem den nachschulischen Betreuungseinrichtungen der Hansestadt Lüneburg, zu gestalten.</p>
<p style="text-align: center;">§ 1 Allgemeines</p> <p>(1) Die Hansestadt Lüneburg unterhält Kindertagesstätten – Horte, nachschulische Betreuung und sonstige Einrichtungen - für Kinder. Die Kindertagesstätten dienen der Erziehung, Bildung und Betreuung (Förderung) von Kindern. Sie haben einen eigenen Erziehungs- und Bildungsauftrag und ergänzen und unterstützen die Erziehung und Förderung der Kinder in der Familie. Für die Nutzung der Kindertagesstätten wird mit dem Personensorgeberechtigten ein privatrechtlicher Vertrag gemäß den nachfolgenden Regelungen geschlossen.</p> <p>(2) Die Personensorgeberechtigten betreffenden Bestimmungen dieser Benutzungs- und Elternbeitragsordnung gelten für in einem gemeinsamen Haushalt lebende Elternteile eines Kindes entsprechend.</p> <p>(3) Die in dieser Benutzungs- und Elternbeitragsordnung festgelegten Regelungen zur Berechnung und Erhebung des monatlichen Entgelts für die Nutzung der Kindertagesstätte finden auch Anwendung auf Kinder, die ihren</p>	<p style="text-align: center;">§ 1 Allgemeines</p> <p>(1) Die Hansestadt Lüneburg unterhält Einrichtungen der nachschulischen Betreuung für Grundschul Kinder. Die Einrichtungen dienen der Erziehung, Bildung und Betreuung (Förderung) von Kindern. Sie haben einen eigenen Erziehungs- und Bildungsauftrag und ergänzen und unterstützen die Erziehung und Förderung der Kinder in der Familie und in der Schule.</p> <p>(2) Für die Nutzung der Einrichtung in den Randzeiten und in der Ferienbetreuung wird mit dem Personensorgeberechtigten ein privatrechtlicher Vertrag gemäß den nachfolgenden Regelungen geschlossen.</p> <p>(3) Die Personensorgeberechtigten betreffenden Bestimmungen dieser Benutzungs- und Elternbeitragsordnung gelten für in einem gemeinsamen Haushalt lebende Elternteile eines Kindes entsprechend.</p>

<p>Hauptwohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in der Hansestadt Lüneburg haben, eine Kindertagesstätte außerhalb des Stadtgebiets der Hansestadt Lüneburg besuchen und es hierfür keine spezielleren Regelungen zwischen den Trägern gibt.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 2 Aufnahme</p> <p>(1) Aufgenommen werden grundsätzlich in Horten, nachschulischer Betreuung und sonstigen Einrichtungen Kinder, die eine Grundschule im Stadtgebiet der Hansestadt Lüneburg besuchen.</p> <p>(2) Kinder ohne Hauptwohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in der Hansestadt Lüneburg sollen nicht aufgenommen werden. Sie können im Einzelfall aus wichtigem Grund aufgenommen werden, wenn hierdurch keine Kinder mit Hauptwohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in Lüneburg abgewiesen werden müssen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn eine alsbaldige Verlegung des Wohnsitzes oder des gewöhnlichen Aufenthaltes in die Hansestadt Lüneburg glaubhaft gemacht wird. Bei einer Verlegung des Wohnsitzes außerhalb der Hansestadt Lüneburg ist das Kind zum jeweiligen Monatsende unter Einhaltung der Kündigungsfrist gemäß § 13 dieser Benutzungs- und Elternbeitragsordnung aus der Kindertagesstätte abzumelden. Ausnahmen sind in pädagogisch begründeten Einzelfällen möglich.</p> <p>(3) Die Anmeldung der Kinder erfolgt über das EDV-basierte Kita-Portal der Hansestadt Lüneburg.</p> <p>(4) Über die Vergabe der Plätze entscheidet die Leitung der Kindertagesstätte. Dabei ist auf eine angemessene Alters-</p>	<p style="text-align: center;">§ 2 Aufnahme</p> <p>(1) An der Randzeitbetreuung können nur Kinder teilnehmen, die eine Einrichtung zur nachschulischen Betreuung am jeweiligen Schulstandort besuchen.</p> <p>(2) In die Ferienbetreuung werden vorrangig Kinder aufgenommen, die die nachschulische Betreuung am jeweiligen Schulstandort besuchen. Sofern in der Ferienbetreuung freie Plätze vorhanden sind, können diese vorrangig von Kindern in Anspruch genommen werden, die ihren Hauptwohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Stadtgebiet der Hansestadt Lüneburg haben.</p> <p>(3) Kinder ohne Hauptwohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in der Hansestadt Lüneburg sollen nicht in die Ferienbetreuung aufgenommen werden. Sie können im Einzelfall aufgenommen werden, wenn hierdurch keine Kinder mit Hauptwohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in Lüneburg abgewiesen werden müssen.</p> <p>(4) Die Anmeldung der Kinder zur Randzeit- und Ferienbetreuung erfolgt über die jeweilige Einrichtungsleitung.</p> <p>(5) Um die Erreichbarkeit des Personensorgeberechtigten in außergewöhnlichen Situationen (z.B. Krankheit des Kindes) zu gewährleisten, ist der Personensorgeberechtigte ab der Aufnahme des Kindes verpflichtet, der jeweiligen Einrichtung</p>

und Geschlechtermischung in den einzelnen Gruppen zu achten. Die Aufnahme erfolgt unter Berücksichtigung der individuellen sozialen und familiären Bedürfnisse des Kindes und seines Personensorgeberechtigten. Bevorzugt zu berücksichtigen sind dabei Kinder,

- unter Berücksichtigung des Geburtsjahres ein höheres Alter haben,
- in häuslicher Gemeinschaft mit nur einem Personensorgeberechtigten leben, der einer Berufstätigkeit nachgeht, ein Studium absolviert, sich in Ausbildung oder in einer Umschulung oder in einer Fortbildung befindet oder diese nachweislich aufnehmen will,
- in häuslicher Gemeinschaft mit Personensorgeberechtigten leben, die jeweils einer Berufstätigkeit nachgehen, ein Studium absolvieren, sich in Ausbildung oder in einer Umschulung oder in einer Fortbildung befinden oder diese nachweislich aufnehmen wollen,
- aus sozialpädagogischen oder medizinischen Gründen der Betreuung in der Kindertagesstätte bedürfen,
- ein Geschwisterkind haben, das in der gleichen Kindertagesstätte betreut wird,
- ihren Wohnsitz im Einzugsbereich der Kindertagesstätte haben,

die aktuellen Kontaktdaten (Telefonnummer Festnetzanschluss oder Arbeitsplatz, Mobilnummer, ggf. E-Mail-Adresse) mitzuteilen. Änderungen der persönlichen Kontaktdaten (Anschrift, Telefon- / Mobilnummer, E-Mail-Adresse) sind der Einrichtung umgehend mitzuteilen.

<ul style="list-style-type: none"> • etwaige weitere, durch die jeweilige Konzeption der Kindertagesstätte bedingte Aufnahmekriterien erfüllen. <p>(5) Zum Schutz des Kindes wird im Aufnahmegespräch mit dem Personensorgeberechtigten geklärt, in wieweit beim Kind Allergien bestehen, spezielle Diäten eingehalten werden müssen und ob körperliche und / oder gesundheitliche Beeinträchtigungen vorliegen. Diese Informationen werden von den städtischen Einrichtungen vertraulich behandelt und dienen ausschließlich dazu, eine gute Betreuung sicherzustellen. Das Merkblatt „Belehrung für Eltern und sonstige Sorgeberechtigte durch Gemeinschaftseinrichtungen gemäß § 34 Absatz 5 Satz 2 Infektionsschutzgesetz (IFSG)“ wird dem Personensorgeberechtigten beim Aufnahmegespräch ausgehändigt.</p> <p>(6) Die Förderung der Kinder in den Kindertagesstätten erfolgt im Rahmen eines pädagogischen Konzeptes, deren Schwerpunkte, Ziele (pädagogische Inhalte, Kinderschutz u.a.) und Umsetzung die einzelnen Kindertagesstätten unter Berücksichtigung ihres sozialen Umfeldes festlegen und regelmäßig fortschreiben.</p> <p>(7) Um die Erreichbarkeit des Personensorgeberechtigten in außergewöhnlichen Situationen (z.B. Krankheit des Kindes) zu gewährleisten, ist der Personensorgeberechtigte ab der Aufnahme des Kindes verpflichtet, der jeweiligen Einrichtung die aktuellen Kontaktdaten (Telefonnummer Festnetzanschluss oder Arbeitsplatz, Mobilnummer, ggf. E-Mail-Adresse) mitzuteilen. Änderungen der persönlichen Kontaktdaten (Anschrift, Telefon- / Mobilnummer, E-Mail-Adresse) sind der Einrichtung umgehend mitzuteilen.</p>	
---	--

<p style="text-align: center;">§ 3 Betreuung in den Randzeiten</p> <p>Die Kindertagesstätten bieten individuelle Randzeiten an. In den Randzeiten wird Kindern vor, nach oder vor und nach der Kernzeit Betreuung / Förderung angeboten. Ein Anspruch auf Betreuung / Förderung zu den Randzeiten (Früh- oder Spätdienst) besteht in einer Kindertagesstätte, wenn die in den Randzeiten zu betreuende Gruppe mindestens 3 Kinder umfasst.</p>	<p style="text-align: center;">§ 3 Betreuung in den Randzeiten</p> <p>Die Einrichtungen der nachschulischen Betreuung bieten individuelle Randzeiten an. In den Randzeiten wird Kindern vor, nach oder vor und nach der Ganztagsbetreuung durch die Schule und deren Kooperationspartner durch die nachschulische Einrichtung eine Betreuung angeboten. Ein Anspruch auf Betreuung zu den Randzeiten (Früh- oder Spätdienst) besteht in einer Einrichtung, wenn die in den Randzeiten zu betreuende Gruppe mindestens 3 Kinder umfasst.</p>
<p style="text-align: center;">§ 4 Wechsel der Betreuungsart oder Kindertagesstätte</p> <p>Die Nutzungsverträge werden jeweils für eine bestimmte Kindertagesstätte und nur für die Betreuungsart geschlossen, für die die Anmeldung des Kindes erfolgt ist, unabhängig davon, ob in einer Kindertagesstätte mehr als nur eine Art von Tageseinrichtung (Krippe, Kindergarten, Hort, sonstige Tageseinrichtung) untergebracht sind. Für einen Wechsel von einer Kindertagesstätte zu einer anderen oder von einer Betreuungsart zu einer anderen (Übergang von der Krippe in den Kindergarten sowie vom Kindergarten in den Hort oder in die sonstige Tageseinrichtung) bedarf es eines neuen Vertragsschlusses. Sofern ausreichend Plätze vorhanden sind, kann dem Wunsch auf Weiterbetreuung in der gleichen Kindertagesstätte im Falle eines Wechsels zwischen den Betreuungsarten stattgegeben werden, ein Anspruch besteht hierauf nicht. Bei einem Wechsel von der Krippe in den Kindergarten findet die Benutzungs- und Elternbeitragsordnung</p>	<p style="text-align: center;">§ 4 Wechsel der Schule und der Einrichtung</p> <ol style="list-style-type: none"> (1) Die Nutzungsverträge werden jeweils für eine bestimmte Einrichtung der nachschulischen Betreuung für die Betreuung in den Randzeiten geschlossen, für die die Anmeldung des Kindes erfolgt ist. (2) Für einen Wechsel von einer Einrichtung der nachschulischen Betreuung zu einer anderen bei einem Schulwechsel bedarf es eines neuen Vertragsschlusses. (3) Für die Ferienbetreuung und einer in der Ferienbetreuung ggf. angebotenen und in Anspruch genommenen Randzeitbetreuung wird ein gesonderter Nutzungsvertrag geschlossen.

<p>der Hansestadt Lüneburg für den Besuch einer Krippe oder eines Kindergartens vom 01.06.2023 Anwendung.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 5 Mitteilungspflicht bei Abwesenheit und Erkrankung</p> <p>(1) Vor der Aufnahme ist der Leitung der jeweiligen Kindertagesstätte auf Anforderung eine ärztliche Bescheinigung vorzulegen, aus der hervorgeht, dass keine Umstände gegen die Unterbringung in der gewünschten Betreuungsart sprechen und das Kind frei von ansteckenden Krankheiten ist. Des Weiteren ist gemäß § 34 Absatz 10a IfSG ein schriftlicher Nachweis darüber zu erbringen, dass zeitnah vor der Aufnahme eine ärztliche Beratung in Bezug auf einen vollständigen, altersgerechten, nach den Empfehlungen der ständigen Impfkommission ausreichenden Impfschutz des Kindes erfolgt ist. Wenn der Nachweis nicht erbracht wird, ist die Leitung der Einrichtung gemäß § 34 Absatz 10a IfSG verpflichtet, das Fehlen des Nachweises an das Gesundheitsamt des Landkreises Lüneburg zu melden und übermittelt dem Gesundheitsamt die personenbezogenen Daten.</p> <p>(2) Kinder, die mindestens ein Jahr alt sind müssen eine Masern-Schutzimpfung oder eine Masern-Immunität aufweisen; Kinder, die mindestens zwei Jahre alt sind, müssen mindestens zwei Masern-Schutzimpfungen oder ausreichende Immunität gegen Masern nachweisen (§ 20 Absatz 8 Nr. 1 IfSG). Als Nachweis gilt die Vorlage des Impfausweises oder eines ärztlichen Zeugnisses über die entsprechend dokumentierten Impfungen oder Immunität gegen Masern. Kinder, die aufgrund einer medizinischen</p>	<p style="text-align: center;">§ 5 Mitteilungspflicht bei Abwesenheit und Erkrankung</p> <p>(1) Die Leitung der jeweiligen Einrichtung der nachschulischen Betreuung ist unverzüglich zu benachrichtigen, wenn das Kind vorübergehend die Ferienbetreuung der nachschulischen Einrichtung nicht besuchen kann. Auf den Grund kommt es hierbei nicht an.</p> <p>(2) Besteht beim betreuten Kind ein begründeter Verdacht einer Infektionskrankheit, die unter die Regelungen des § 34 IfSG fällt, erkrankt das Kind nachweislich an einer ansteckenden Krankheit, die unter die Regelungen des § 34 IfSG fällt (wie z.B. Diphtherie, Gastroenteritis (infektiöser Durchfall), Hand- und Fußkrankheit, Keuchhusten, Krätze, Masern, Mumps, Röteln, Scharlach, Windpocken oder ähnliches) oder besteht beim Kind ein Befall von Kopfläusen, ist die Einrichtung umgehend zu unterrichten. Das Kind ist in diesen Fällen gemäß § 34 Absatz 1 IfSG vom Besuch der Ferienbetreuung in der nachschulischen Betreuung ausgeschlossen, bis die Krankheit ausgeheilt ist und eine Ansteckungsgefahr für andere Kinder und Beschäftigte der Einrichtung der nachschulischen Betreuung nicht mehr gegeben ist. Die jeweils aktuellen Regelungen des § 34 IfSG sind zu beachten.</p> <p>(3) Das Kind muss beim Besuch der Ferienbetreuung in der nachschulischen Einrichtung frei von erhöhter Temperatur sein (Temperatur unter 37,6°). Der Besuch der Einrichtung darf erst wieder erfolgen, wenn das Kind ohne die Gabe</p>

Kontraindikation (Gegenanzeige) nicht geimpft werden können und einen entsprechenden Nachweis vorlegen, sind von den Regelungen ausgenommen. Sofern für das Kind einer der in Satz 1 genannten Nachweise ab dem 01.08.2022 nicht vorgelegt wird, ist das Kind vom Besuch der Kindertagesstätte ausgeschlossen.

- (3) Die Leitung der jeweiligen Kindertagesstätte ist unverzüglich zu benachrichtigen, wenn das Kind vorübergehend die Kindertagesstätte nicht besuchen kann. Auf den Grund kommt es hierbei nicht an.
- (4) Besteht beim betreuten Kind ein begründeter Verdacht einer Infektionskrankheit, die unter die Regelungen des § 34 IfSG fällt, erkrankt das Kind nachweislich an einer ansteckenden Krankheit, die unter die Regelungen des § 34 IfSG fällt (wie z.B. Diphtherie, Gastroenteritis (infektiöser Durchfall), Hand- und Fußkrankheit, Keuchhusten, Krätze, Masern, Mumps, Röteln, Scharlach, Windpocken oder ähnliches) oder besteht beim Kind ein Befall von Kopfläusen, ist die Einrichtung umgehend zu unterrichten. Das Kind ist in diesen Fällen gemäß § 34 Absatz 1 IfSG vom Besuch der Kindertagesstätte ausgeschlossen, bis die Krankheit ausgeheilt ist und eine Ansteckungsgefahr für andere Kinder und Beschäftigte der Kindertagesstätte nicht mehr gegeben ist. Die jeweils aktuellen Regelungen des § 34 IfSG sind zu beachten.
- (5) Leidet das Kind an einer Coronavirus SARS-CoV-2 Erkrankung oder tritt in der Familie des Kindes, mit der das Kind in häuslicher Gemeinschaft lebt, eine Coronavirus SARS-CoV-2 Erkrankung auf, sind die aktuellen Regelungen der Niedersächsischen Corona-Verordnung und der Corona-Absonderungsverordnung zu beachten und einzuhalten.

fiebersenkender Medikamente 24 Stunden symptomfrei ist.

- (4) Sofern das betreute Kind während der Betreuungszeit erkrankt bzw. sich krank fühlt, entscheidet die pädagogische Fachkraft zusammen mit der Leitung der Einrichtung der nachschulischen Betreuung, ob eine weitere Betreuung erfolgen kann. Sofern die Betreuung nicht weiter erfolgen kann, sind die Personensorgeberechtigten verpflichtet, das Kind umgehend aus der Betreuung abzuholen.
- (5) Das Kind ist auf dem direkten Hin- und Rückweg zur/von der Einrichtung der nachschulischen Betreuung Kindertagesstätte sowie bei Unfällen in der Einrichtung über die gesetzliche Unfallversicherung versichert. Während der Öffnungszeiten der nachschulischen Betreuung sind die pädagogisch tätigen Betreuungskräfte für die ihnen anvertrauten Kinder aufsichtspflichtig. Die Aufsichtspflicht der Hansestadt Lüneburg beginnt mit der Übernahme des Kindes durch die Betreuungskräfte der Einrichtung. Sie endet mit der konkreten Übergabe an den Personensorgeberechtigten, die von ihm beauftragte Person oder bei Antritt des Heimweges, wenn das Kind mit schriftlicher Erklärung der/des Personensorgeberechtigten eigenständig nach Hause geht. Dies gilt auch bei Veranstaltungen in der Einrichtung, an denen der Personensorgeberechtigte teilnimmt (z.B. Theateraufführungen, Sommerfest u.ä.). Entfernt sich ein Kind während der Betreuungszeit unerlaubt aus der Einrichtung, haftet die Hansestadt Lüneburg für hieraus resultierende Schäden nur, wenn eine Aufsichtspflichtverletzung des Betreuungspersonals vorliegt.

- (6) Das Kind muss bei Besuch der Kindertagesstätte frei von erhöhter Temperatur sein (Temperatur unter 37,6°). Der Besuch der Kindertagesstätte darf erst wieder erfolgen, wenn das Kind ohne die Gabe fiebersenkender Medikamente 24 Stunden symptomfrei ist.
- (7) Sofern das betreute Kind während der Betreuungszeit erkrankt bzw. sich krank fühlt, entscheidet die pädagogische Fachkraft zusammen mit der Leitung der Kindertagesstätte, ob eine weitere Betreuung erfolgen kann. Sofern die Betreuung nicht weiter erfolgen kann, sind die Personensorgeberechtigten verpflichtet, das Kind umgehend aus der Betreuung abzuholen.
- (8) Das Kind ist auf dem direkten Hin- und Rückweg zur Kindertagesstätte sowie bei Unfällen in der Kindertagesstätte über die gesetzliche Unfallversicherung versichert. Während der Öffnungszeiten der Kindertagesstätte sind die pädagogisch tätigen Betreuungskräfte für die ihnen anvertrauten Kinder aufsichtspflichtig. Die Aufsichtspflicht der Hansestadt Lüneburg beginnt mit der Übernahme des Kindes durch die Betreuungskräfte der Kindertagesstätte und endet mit der konkreten Übergabe an den Personensorgeberechtigten oder die von ihm beauftragte Person. Dies gilt auch bei Veranstaltungen in der Kindertagesstätte, an denen der Personensorgeberechtigte teilnimmt (z.B. Theateraufführungen, Sommerfest u.ä.). Entfernt sich ein Kind während der Betreuungszeit unerlaubt aus der Kindertagesstätte, haftet die Hansestadt Lüneburg für hieraus resultierende Schäden nur, wenn eine Aufsichtspflichtverletzung des Betreuungspersonals vorliegt.

**§ 6
Entgelte**

- (1) Für die Nutzung der Kindertagesstätte wird unabhängig vom Tag der Aufnahme ab dem ersten Tag des Monats der Aufnahme monatlich ein privatrechtliches Entgelt von den Personensorgeberechtigten des Kindes, die mit diesem in einem Haushalt lebt, erhoben. Die Höhe des zu entrichtenden Entgelts hängt von der Höhe des Gesamteinkommens der mit dem Kind in einem Haushalt lebenden Personensorgeberechtigten sowie dem Umfang der Betreuung ab und ist nach Einkommensstufen gestaffelt (Anlage 1 Ziffer I).
- (2) Wird die von den Kindertagesstätten angebotene Randzeitbetreuung (Früh- und/oder Spätbetreuungsdienste) in Anspruch genommen, wird hierfür monatlich das aus Ziffer II der Anlage 1 ersichtliche Entgelt erhoben.
- (3) Zusätzlich wird ein monatliches Entgelt für die Mittagsverpflegung in der aus Ziffer III Nr. 1 der Anlage 1 ersichtlichen Höhe erhoben. Die monatlichen Beiträge (auch ermäßigt) zur Mittagsverpflegung erhöhen sich ab dem 01.08.2024 jährlich zum 01.08. jeweils um 5,00 € bis eine kostendeckende Pauschale, jedoch maximal 70,00 €, erreicht wird. An der Mittagsverpflegung nehmen alle Kinder in 2/3- oder Ganztagsbetreuung teil. Ist eine Anmeldung für die Mittagsverpflegung erfolgt, besteht die Pflicht zur Entrichtung des Entgelts unabhängig von der tatsächlichen Inanspruchnahme des Verpflegungsangebotes.
- (4) Sofern das Kind und/oder sein Personensorgeberechtigter

**§ 6
Entgelte**

- (1) Für die ganztagsschulgebundene Betreuung aller Grundschüler:innen wird bis zu einer Betreuungszeit von acht Stunden an fünf Tagen in der Woche kein Betreuungsgeld erhoben.
- (2) Für die Nutzung der Randzeitbetreuung während der Schulzeit wird einkommensunabhängig ein privatrechtliches Entgelt von den Personensorgeberechtigten des Kindes, die mit diesem in einem Haushalt leben, wie folgt erhoben:

Früh- oder Spätdienst täglich	1/2 Stunde	3/4 Stunde	1 Stunde
Betrag je Sonderöffnungszeit im Monat	8 €	12 €	16 €
- (3) Für die Nutzung der Ferienbetreuung und einer ggf. angebotenen und in Anspruch genommenen Randzeit während der Ferienbetreuung wird ein privatrechtliches Entgelt von den Personensorgeberechtigten des Kindes, die mit diesem in einem Haushalt leben, erhoben. Bei einem Betreuungsumfang von acht Stunden/Tag beläuft sich das Entgelt auf 24,00 € je Betreuungstag, die Kosten für das Mittagessen sind darin nicht enthalten. Die Randzeiten während der Ferienbetreuung werden mit 3,00 € je angefangene Stunde berechnet. Die Kosten für die Teilnahme an Ausflügen (u.a. Eintrittsgelder und Fahrtkosten) sind in diesem Beitrag nicht enthalten und von den Personensorgeberechtigten gesondert zu zahlen.
- (4) Das Entgelt für die Ferienbetreuung und deren Randzeitbetreuung entfällt, wenn das bereinigte Bruttoeinkommen aller im Haushalt lebenden Personen 30.000,00 € nicht übersteigt. In diesem Fall ist von den

einen Anspruch auf Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII), Asylbewerberleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) oder Kinderzuschlag nach dem Bundeskindergeldgesetz (BKGG) haben, wird auf Antrag des Personensorgeberechtigten für die Mittagsverpflegung ein ermäßigtes monatliches Entgelt gemäß Ziffer III Nr. 2 der Anlage 1 erhoben. Zur Festsetzung des ermäßigten Entgeltes sind von dem Personensorgeberechtigten die entsprechenden Bewilligungsbescheide über die gewährten Sozialleistungen vorzulegen. Die Ermäßigung des Entgeltes für die Mittagsverpflegung erfolgt zeitlich analog zum Bewilligungszeitraum des Sozialleistungsbescheides. Nähere Informationen sind auf den Homepages der Sozialleistungsträger abrufbar.

- (5) Über die Höhe des für das jeweilige Kindergartenjahr (1. August bis 31. Juli) zu entrichtende monatliche Gesamtentgelt wird der mit dem Kind in einem Haushalt lebende Personensorgeberechtigte schriftlich informiert. Die Entgelte werden jeweils für 12 Monate einschließlich der festgesetzten Schließzeiten der Kindertagesstätte erhoben. Vor Beginn eines neuen Kindergartenjahres sowie im Falle der Änderung entgelterheblicher Umstände im laufenden Kindergartenjahr erfolgt eine erneute Mitteilung. Kommt es im laufenden Kindergartenjahr zu einer Änderung entgelterheblicher Umstände, sind diese für die Berechnung des Entgeltes ab dem ersten Tag des Monats, in dem die Änderung eingetreten ist, zu berücksichtigen.

Personensorgeberechtigten die Erklärung zum Einkommen gemäß dem Muster in der Anlage I vollständig abzugeben. Der Vordruck wird dem Personensorgeberechtigten von den Einrichtungen der nachschulischen Betreuung oder vom Bereich Frühkindliche Bildung und Betreuung - Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt. Der vollständig ausgefüllte Vordruck ist unter der Anschrift Hansestadt Lüneburg, Postfach 25 40, 21315 Lüneburg einzureichen. Sofern Sozialleistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII), Asylbewerberleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) oder Kinderzuschlag nach dem Bundeskindergeldgesetz (BKGG) bezogen wird, ist der jeweils aktuelle Bescheid einzureichen. Die Hansestadt Lüneburg kann die Angaben überprüfen und die Vorlage der entsprechenden Nachweise verlangen. Unterbleibt die Abgabe einer Erklärung über das Einkommen, ist das Entgelt nach § 6 Absatz 2 entsprechend zu entrichten. Die Erklärung ist auf Anforderung im jeweils nächsten Schuljahr erneut abzugeben.

- (5) An der Mittagsverpflegung nehmen alle Kinder in der Ferienbetreuung teil. Ist eine Anmeldung für die Ferienbetreuung erfolgt, besteht die Pflicht zur Entrichtung des Entgeltes unabhängig von der tatsächlichen Inanspruchnahme des Verpflegungsangebotes.
- (6) Die Abrechnung der Mittagsverpflegung in der Ferienbetreuung erfolgt grundsätzlich direkt mit dem Caterer, der die Einrichtung auch während der Schulzeiten mit der

	<p>Mittagsverpflegung versorgt. Erfolgt die Abrechnung direkt mit der Einrichtung, wird ein privatrechtliches Entgelt je Betreuungstag in Höhe von 3,60 € erhoben.</p> <p>(7) Sofern das Kind und/oder sein Personensorgeberechtigter einen Anspruch auf Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII), Asylbewerberleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) oder Kinderzuschlag nach dem Bundeskindergeldgesetz (BKGG) haben, kann beim zuständigen Leistungsträger ein Antrag auf Befreiung der Verpflegungskosten gestellt werden. Sofern ein Anspruch auf Ermäßigung nach § 90 SGB VIII vorliegt, wird auf Antrag des Personensorgeberechtigten für die Mittagsverpflegung in der Ferienbetreuung ein ermäßigtes privatrechtliches Entgelt je Betreuungstag in Höhe von 2,85 € erhoben. Nähere Informationen sind auf den Homepages der Sozialleistungsträger abrufbar.</p> <p>(8) Über die Höhe des für das jeweilige Schuljahr zu entrichtende monatliche Gesamtentgelt für die Randzeitbetreuung, bzw. für die Ferienbetreuung mit einer ggf. gebuchten Randzeit wird der mit dem Kind in einem Haushalt lebende Personensorgeberechtigte schriftlich informiert. Die Entgelte werden jeweils für 12 Monate einschließlich der festgesetzten Schließzeiten der Einrichtung, bzw. für die Dauer der vertraglich festgelegten Ferienbetreuung erhoben. Vor Beginn eines neuen Schuljahres bzw. der anstehenden Ferienbetreuung sowie im Falle der Änderung entgeltlicher Umstände im</p>
--	---

	<p>laufenden Schuljahr erfolgt eine erneute Mitteilung.</p> <p>(9) Der mit dem Kind in einem Haushalt lebende Personensorgeberechtigte ist verpflichtet, der Hansestadt Lüneburg wesentliche Änderungen in den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen mitzuteilen. Eine wesentliche Änderung liegt insbesondere vor, wenn sich das bereinigte Bruttoeinkommen aller im Haushalt lebenden Personen im Sinne des Absatz 4 auf über 30.000,00 € erhöht oder sich die Zahl der im Haushalt lebenden Personen verändert.</p>
<p style="text-align: center;">§ 7 Einkommen</p> <p>(1) Das für die Ermittlung des Entgelts nach § 6 Absatz 2 maßgebliche Einkommen ist die Summe aller Bruttoeinnahmen, die in dem jeweiligen Kindergartenjahr vorausgehenden Jahr erzielt wurden. Zu berücksichtigen sind auch sonstige steuerfreie Einkünfte des Kindes und des mit dem Kind in einem Haushalt lebenden Personensorgeberechtigten ohne Berücksichtigung der Eigenheimzulage nach dem Eigenheim-zulagengesetz. Als Freibetrag werden berücksichtigt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • der einfache Kinderfreibetrag in der zum Zeitpunkt der Beitragsfestsetzung geltenden Höhe für die unterhaltsberechtigten und im Haushalt lebenden Kinder. Informationen zum Kinderfreibetrag sind auf der Homepage des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter dem Reiter: „Themen-Familien-Familienleistungen-Freibeträge für Kinder“ abrufbar, • der Werbungskostenpauschalbetrag der 	<p style="text-align: center;">§ 7 Einkommen</p> <p>Das für die Ermittlung des Entgelts nach § 6 Absatz 4 maßgebliche Einkommen ist die Summe aller Bruttoeinnahmen, die in dem jeweiligen Schuljahr vorausgehenden Jahr erzielt wurden. Zu berücksichtigen sind auch sonstige steuerfreie Einkünfte des Kindes und des mit dem Kind in einem Haushalt lebenden Personensorgeberechtigten ohne Berücksichtigung der Eigenheimzulage nach dem Eigenheimzulagengesetz. Als Freibetrag werden berücksichtigt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • der einfache Kinderfreibetrag in der zum Zeitpunkt der Beitragsfestsetzung geltenden Höhe für die unterhaltsberechtigten und im Haushalt lebenden Kinder. Informationen zum Kinderfreibetrag sind auf der Homepage des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter dem Reiter: „Themen-Familien-Familienleistungen-Freibeträge für Kinder“ abrufbar, • der Werbungskostenpauschalbetrag der Personensorgeberechtigten mit steuerpflichtigem

<p>Personensorgeberechtigten mit steuerpflichtigem Einkommen, die mit dem Kind in einem Haushalt leben in der jeweils aktuellen Höhe (zum Stichtag 01.06.2023 liegt der zu berücksichtigende Werbungskostenpauschalbetrag bei 1.230 EURO) pro steuerpflichtig erwerbstätigen Personensorgeberechtigten,</p> <ul style="list-style-type: none"> • ein Pauschalbetrag in der jeweils aktuellen Höhe (zum Stichtag 01.06.2023 liegt der hier zu berücksichtigende Betrag bei 2.100,00 EURO) für Vorsorgeaufwendungen pro mit dem Kind in einem Haushalt lebenden Personensorgeberechtigten. <p>Der Kinderfreibetrag kann nur für Kinder geltend gemacht werden, die nach dem Bundeskindergeldgesetz berücksichtigungsfähig sind und noch nicht das 25. Lebensjahr vollendet haben. Abweichend von Satz 1 werden auf Antrag die Einkommensverhältnisse des laufenden Kindergartenjahres für die Ermittlung des zu leistenden Entgelts herangezogen, wenn durch Vorlage geeigneter Unterlagen glaubhaft gemacht wird, dass sich hierdurch eine andere Entgelthöhe ergibt.</p> <p>(2) Personensorgeberechtigte, die Empfänger von laufenden Leistungen zur Sicherstellung des Lebensunterhaltes nach dem zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II), dem zwölften Sozialgesetzbuch (SGB XII), nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) sind oder einen Zuschlag nach dem Bundeskindergeldgesetz erhalten, werden für die Dauer des nachgewiesenen Bezuges in die erste Einkommensstufe eingruppiert.</p> <p>(3) Zur Feststellung des Einkommens wird von dem</p>	<p>Einkommen, die mit dem Kind in einem Haushalt leben in der jeweils aktuellen Höhe pro steuerpflichtig erwerbstätigen Personensorgeberechtigten,</p> <ul style="list-style-type: none"> • ein Pauschalbetrag in der jeweils aktuellen Höhe für Vorsorgeaufwendungen pro mit dem Kind in einem Haushalt lebenden Personensorgeberechtigten. <p>Der Kinderfreibetrag kann nur für Kinder geltend gemacht werden, die nach dem Bundeskindergeldgesetz berücksichtigungsfähig sind und noch nicht das 25. Lebensjahr vollendet haben.</p>
--	--

<p>Personensorgeberechtigten die Erklärung zum Einkommen gemäß dem Muster in der Anlage 2 vollständig abgegeben. Der Vordruck wird dem Personensorgeberechtigten von den Kindertagesstätten oder vom Bereich Frühkindliche Bildung und Betreuung - Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt. Der vollständig ausgefüllte Vordruck ist unter der Anschrift Hansestadt Lüneburg, Postfach 25 40, 21315 Lüneburg einzureichen. Die Hansestadt Lüneburg kann die Angaben überprüfen und die Vorlage der entsprechenden Nachweise verlangen. Unterbleibt die Abgabe einer Erklärung über das Einkommen, ist das Entgelt nach § 6 Absatz 2 entsprechend der höchsten Einkommensstufe der Anlage 1 Ziffer I zu entrichten. Die Erklärung ist auf Anforderung im jeweils nächsten Kindergartenjahr erneut abzugeben.</p> <p>(4) Der mit dem Kind in einem Haushalt lebende Personensorgeberechtigte ist verpflichtet, der Hansestadt Lüneburg wesentliche Änderungen in den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen mitzuteilen. Eine wesentliche Änderung liegt insbesondere vor, wenn sich das Einkommen im Sinne des Absatz 1 um mehr als 15 % vermindert oder erhöht oder sich die Zahl der im Haushalt lebenden Personen verändert.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 8 Geschwisterermäßigung</p> <p>Werden in einem Haushalt mehrere Kinder gleichzeitig entgeltspflichtig in Kindertagesstätten für Kinder oder in der Tagespflege in der Hansestadt Lüneburg betreut, ermäßigt sich das Entgelt gemäß § 6 Absatz 1 für das zweite betreute Kind um 50 %, für jedes weitere betreute Kind entfällt die Entgeltspflicht vollständig. Maßgeblich ist die absteigende Altersreihenfolge. Eine</p>	<p style="text-align: center;">Der bisherige § 8 entfällt</p>

<p>Entgeltermäßigung nach § 9 oder § 10 steht einer Ermäßigung nach dieser Bestimmung nicht entgegen. Kinder ab Vollendung des dritten Lebensjahres bis zur Einschulung bleiben bei der Berechnung einer Geschwisterermäßigung unberücksichtigt.</p> <p><u>Beispiel – Familie mit 4 Kindern:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Ein Kind 12 Jahre alt besucht den Hort - als 1. Kind voll entgeltpflichtig; • Ein Kind 9 Jahre alt besucht den Hort – als 2. Kind 50%-Ermäßigung; • Ein Kind 4 Jahre alt besucht den Kindergarten – beitragsfrei - bleibt für die Berechnung der Ermäßigung nach § 8 unberücksichtigt; • Ein Kind 2 Jahre alt besucht die Krippe - erhält als 3. Kind eine 100%-Ermäßigung. 	
<p style="text-align: center;">§ 9 Ermäßigung wegen Krankheit</p> <p>Bei krankheitsbedingter Abwesenheit des Kindes, deren Dauer den Zeitraum von drei Wochen übersteigt, ermäßigt sich das Entgelt gemäß Ziffer I der Anlage 1 auf Antrag und nach Vorlage eines Attests nach diesen drei Wochen um 50%. Etwaige Entgelte gemäß Ziffern II und III der Anlage 1 entfallen vollständig. § 13 Absatz 2 Nr. 2 bleibt unberührt.</p>	<p style="text-align: center;">§ 8 Ermäßigung wegen Krankheit</p> <p>Bei krankheitsbedingter Abwesenheit des Kindes von der Randzeit während der Schulzeit, deren Dauer den Zeitraum von drei Wochen übersteigt, ermäßigt sich das Entgelt gemäß § 6 Absatz 1 auf Antrag und nach Vorlage eines Attests nach diesen drei Wochen um 50%.</p>
<p style="text-align: center;">§ 10 Ermäßigung des Elternbeitrags</p> <p>(1) Unter den Voraussetzungen des § 90 Absätze 3 und 4 SGB VIII soll das Entgelt gemäß Ziffer I der Anlage 1 ganz oder teilweise erlassen werden.</p>	<p style="text-align: center;">Der bisherige § 10 entfällt</p>

<p>(2) Im Falle des vollständigen oder teilweisen Erlasses gemäß Absatz 1 ist bei Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung das monatliche Entgelt hierfür auf den in Ziffer III Nr. 2 der Anlage 1 genannten Betrag zu reduzieren.</p> <p>(3) Sofern ein Kind nachweislich aus gesundheitlichen Gründen die Kindertagesstätte nicht mehr als 5 Betreuungstage im Monat besuchen kann, entfällt die verpflichtende Teilnahme an der Mittagsverpflegung gemäß § 6 Absatz 3 dieser Benutzungs- und Elternbeitragsordnung. Ein monatliches Entgelt für die Mittagsverpflegung gemäß Ziffer III Nr. 2 der Anlage 1 wird in diesen Fällen nicht erhoben.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 11 Beginn und Ende der Entgeltzahlungspflicht, Fälligkeit</p> <p>(1) Das Entgelt ist ab dem ersten Tag des Monats der Aufnahme bis zum Wirksamwerden der Kündigung des Betreuungsplatzes monatlich zu entrichten.</p> <p>(2) Das Entgelt ist bis zum 5. eines jeden Monats im Voraus an die Hansestadt Lüneburg zu zahlen.</p> <p>(3) Bei Betreuung in einer Kindertagesstätte außerhalb des Stadtgebietes Lüneburg gemäß § 1 Absatz 3 dieser Benutzungs- und Elternbeitragsordnung erfolgt die Beitragszahlung der beitragspflichtigen Betreuung durch die Personensorgeberechtigten direkt an den Träger der besuchten Kindertagesstätten.</p>	<p style="text-align: center;">§ 9 Beginn und Ende der Entgeltzahlungspflicht, Fälligkeit</p> <p>(1) Das Entgelt für die Randzeitbetreuung ist ab dem ersten Tag des Monats der Inanspruchnahme der Randzeitbetreuung während der Schulzeit bis zum Wirksamwerden der Kündigung des Betreuungsplatzes monatlich zu entrichten.</p> <p>(2) Das Entgelt ist bis zum 5. eines jeden Monats im Voraus an die Hansestadt Lüneburg zu zahlen.</p> <p>(3) Das Entgelt für die Teilnahme an der Ferienbetreuung und einer ggf. angebotenen und in Anspruch genommenen Randzeit werden nach der verbindlichen Anmeldung separat in Rechnung gestellt und ist bei Zahlungsfälligkeit an die Hansestadt Lüneburg zu zahlen.</p>
<p style="text-align: center;">§ 12 Entgelterstattung</p>	<p style="text-align: center;">§ 10 Entgelterstattung</p>

<p>(1) Fällt an mindestens fünf Betreuungstagen im Monat die Betreuung aus Gründen aus, die der Träger zu verantworten hat (z.B. Personalmangel durch Krankheit oder Streik) und die nicht durch § 14 dieser Benutzungs- und Elternbeitragsordnung legitimiert sind, wird dem Personensorgeberechtigten das Entgelt für den Zeitraum der ausgefallenen Betreuung erstattet. Die Erstattung erfolgt jeweils quartalsweise.</p> <p>(2) Der Verwaltungsausschuss wird ermächtigt, eigenständig über eine Erstattung der Elternbeiträge an die Personensorgeberechtigten zu entscheiden, wenn die Betreuung der Kinder in Pandemiezeiten oder vergleichbaren Notsituationen nicht sichergestellt werden kann.</p>	<p>(1) Fällt an mindestens fünf Betreuungstagen im Monat die Randzeitbetreuung während der Schulzeit aus Gründen aus, die der Träger zu verantworten hat (z.B. Personalmangel durch Krankheit oder Streik) und die nicht durch § 12 dieser Benutzungs- und Elternbeitragsordnung legitimiert sind, wird dem Personensorgeberechtigten das Entgelt für den Zeitraum der ausgefallenen Betreuung erstattet. Die Erstattung erfolgt jeweils quartalsweise.</p> <p>(2) Der Verwaltungsausschuss wird ermächtigt, eigenständig über eine Erstattung der Elternbeiträge an die Personensorgeberechtigten zu entscheiden, wenn die Betreuung der Kinder in Pandemiezeiten oder vergleichbaren Notsituationen nicht sichergestellt werden kann.</p>
<p style="text-align: center;">§ 13 Kündigung</p> <p>(1) Die Kündigung eines Betreuungsplatzes ist mit einer Kündigungsfrist von einem Monat zum 31.01., 30.04., 31.07. oder 31.10 eines jeden Jahres möglich.</p> <p>(2) Ein Betreuungsplatz kann außerordentlich zum Ende des laufenden Monats gekündigt werden</p> <p>1. durch die Hansestadt Lüneburg</p> <ul style="list-style-type: none"> • bei wiederholtem unentschuldigtem Fehlen des Kindes über einen Zeitraum von mehr als einer Woche, • bei wiederholten Verstößen gegen die Benutzungsordnung, • bei Entstehen einer unzumutbaren Belastung durch das Verhalten des Kindes oder des Personensorgeberechtigten für den Betrieb der 	<p style="text-align: center;">§ 11 Kündigung</p> <p>(1) Die Kündigung einer Randzeitbetreuung während der Schulzeit ist mit einer Kündigungsfrist von einem Monat zum Ende des jeweiligen Schulhalbjahres möglich.</p> <p>(2) Die Randzeitbetreuung während der Schulzeit kann außerordentlich zum Ende des laufenden Monats gekündigt werden</p> <p>1. durch die Hansestadt Lüneburg</p> <ul style="list-style-type: none"> • bei wiederholtem unentschuldigtem Fehlen des Kindes über einen Zeitraum von mehr als einer Woche, • bei wiederholten Verstößen gegen die Benutzungsordnung, • bei Entstehen einer unzumutbaren Belastung durch das Verhalten des Kindes oder des

<p>Kindertagesstätte,</p> <ul style="list-style-type: none"> • bei Zahlungsverzug in Höhe von mindestens einem Monatsentgelt über einen Zeitraum von länger als zwei Monaten, • wenn nicht innerhalb von zwei Monaten nach Betreuungsbeginn der Nachweis über die nachgeholte Masern-Schutzimpfung oder Masern-Immunität gemäß § 5 Absatz 2 dieser Benutzungs- und Elternbeitragsordnung für das betreute Kind nachgewiesen wird, • aus einem sonstigen wichtigen Grund. <p>2. durch den Personensorgeberechtigten</p> <ul style="list-style-type: none"> • bei Abmeldung des Hauptwohnsitzes oder Beendigung des gewöhnlichen Aufenthaltes des Kindes in der Hansestadt Lüneburg, • bei schwerer Erkrankung des Kindes, • im Fall der Erhöhung des Entgelts gemäß Ziffer I der Anlage 1 durch die Hansestadt Lüneburg um mehr als 10 %, • bei Wechsel von einer Betreuungsart zu einer anderen (Übergang von der Krippe in den Kindergarten sowie vom Kindergarten in den Hort oder in die sonstige Tageseinrichtung), • aus einem sonstigen wichtigen Grund. <p>(3) Die Kündigung bedarf der Schriftform.</p>	<p>Personensorgeberechtigten für den Betrieb der nachschulischen Betreuung,</p> <ul style="list-style-type: none"> • bei Zahlungsverzug in Höhe von mindestens einem Monatsentgelt über einen Zeitraum von länger als zwei Monaten, • aus einem sonstigen wichtigen Grund. <p>2. durch den Personensorgeberechtigten</p> <ul style="list-style-type: none"> • bei Abmeldung des Hauptwohnsitzes oder Beendigung des gewöhnlichen Aufenthaltes des Kindes in der Hansestadt Lüneburg einschließlich eines Schulwechsels, • bei schwerer Erkrankung des Kindes, • im Fall der Erhöhung des Entgelts gemäß Ziffer I der Anlage 1 durch die Hansestadt Lüneburg um mehr als 10 %, • bei Wechsel der Schule, • aus einem sonstigen wichtigen Grund. <p>(3) Die Kündigung bedarf der Schriftform.</p>
<p style="text-align: center;">§ 14 Öffnungszeiten, Ferienregelung</p> <p>(1) Die Öffnungs- und Betreuungszeiten der Kindertagesstätten haben dem Wohl des Kindes und den Belangen des mit dem Kind in einem Haushalt lebenden Personensorgeberechtigten Rechnung zu tragen. Aus pädagogischer Sicht</p>	<p style="text-align: center;">§ 12 Ferienregelung</p> <p>(1) Die Öffnungs- und Betreuungszeiten der Einrichtung der nachschulischen Betreuung haben dem Wohl des Kindes und den Belangen des mit dem Kind in einem Haushalt lebenden Personensorgeberechtigten Rechnung zu tragen.</p>

<p>ist es wichtig, dass das Kind die Kindertagesstätte regelmäßig besucht, die regelmäßige Verweildauer soll hierbei jedoch 10 Stunden täglich nicht überschreiten.</p> <p>(2) Die Kindertagesstätten werden drei Wochen pro Kalenderjahr in den letzten drei <u>vollen</u> Wochen der Sommerferien der Schulen geschlossen. Weitere Schließzeiten sind bis zu 3 Studientage pro Jahr der jeweiligen Kindertagesstätte sowie zwischen Weihnachten und Neujahr. Die Studientage werden rechtzeitig bekannt gegeben. Ferner können die Kindertagesstätten an 2 Brückentagen pro Jahr schließen, sofern sich nach vorheriger, rechtzeitiger Elternabfrage kein Betreuungsbedarf für die Brückentage ergibt. Sobald auch nur für ein Kind in der jeweiligen Kindertagesstätte Betreuungsbedarf angemeldet wird, wird eine Betreuung sichergestellt. Gruppenzusammenlegungen sind dabei möglich.</p> <p>(3) Sofern der Betrieb der Kindertagesstätte durch Erkrankung mehrerer Mitarbeitenden eingeschränkt werden muss, kann es zu verkürzten Öffnungszeiten, Reduzierung oder Zusammenlegung von Gruppen bzw. zu Schließung der Kindertagesstätte kommen. Der Personensorgeberechtigte wird zeitnah durch die Kindertagesstätte benachrichtigt.</p>	<p>(2) Die Schließzeit während eines Schuljahres werden auf maximal 4 Wochen begrenzt. Die Einrichtungen der nachschulischen Betreuung werden drei Wochen pro Kalenderjahr in den letzten drei <u>vollen</u> Wochen der Sommerferien der Schulen sowie zwischen Weihnachten und Neujahr (24.12. – 01.01. eines Jahres) für maximal vier Tage geschlossen. Für weitere Schließtage sind die Schulbrückentage zu nutzen. Die Einrichtungsleitung wird die Personensorgeberechtigten spätestens im Herbst des Vorjahres über die Schließzeiten im folgenden Schuljahr informieren.</p> <p>(3) Sofern der Betrieb der Einrichtung der nachschulischen Betreuung während der Ferienbetreuung und einer ggf. angebotenen Randzeit durch Erkrankung mehrerer Mitarbeiter:innen eingeschränkt werden muss, kann es zu verkürzten Öffnungszeiten, Reduzierung oder Zusammenlegung von Gruppen bzw. zu Schließung der Einrichtung kommen. Der Personensorgeberechtigte wird zeitnah durch die Einrichtung benachrichtigt.</p>
<p style="text-align: center;">§ 15 Elternvertretung</p> <p>Es ist wünschenswert, dass die Personensorgeberechtigten sich aktiv an der Elternarbeit beteiligen und die Elternabende regelmäßig besuchen. Der Elternbeirat wird im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen in den städtischen Kindertagesstätten an der Arbeit beteiligt.</p>	<p style="text-align: center;">Der bisherige § 15 entfällt</p>

<p style="text-align: center;">§ 16 Kleidung</p> <p>Die Kleidung der Kinder soll zweckmäßig sein. Verlorengegangene oder beschädigte Kleidung sowie Spielzeug werden nur ersetzt, wenn Verlust oder Beschädigung auf grob fahrlässiges oder vorsätzliches Handeln der Mitarbeitenden der Kindertagesstätten zurückzuführen ist.</p>	<p style="text-align: center;">§ 13 Kleidung</p> <p>Die Kleidung der Kinder soll zweckmäßig sein. Verlorengegangene oder beschädigte Kleidung sowie Spielzeug werden nur ersetzt, wenn Verlust oder Beschädigung auf grob fahrlässiges oder vorsätzliches Handeln der Mitarbeiter:innen der Einrichtung zurückzuführen ist.</p>
<p style="text-align: center;">§ 17 Anlagen / Schlussbestimmungen</p> <p>Die Anlagen 1 und 2 dieser Benutzungs- und Elternbeitragsordnung dienen der / den Personensorgeberechtigten zur Information und Orientierung und können bei Änderung der Einkommensgrenzen, der Beiträge für die Randzeiten und für die Mittagsverpflegung, der Werbungskosten, des Kinderfreibetrages sowie der Vorsorgeaufwendungen ohne Änderung der Benutzungs- und Elternbeitragsordnung angepasst werden.</p> <p>Diese Benutzungs- und Elternbeitragsordnung ist alle drei Jahre auf ihre Aktualität zu überprüfen.</p>	<p style="text-align: center;">§ 14 Anlagen / Schlussbestimmungen</p> <p>Die Anlage 1 dieser Benutzungs- und Elternbeitragsordnung dient der/den Personensorgeberechtigten zur Information und Orientierung und können bei Änderung der Werbungskosten, des Kinderfreibetrages sowie der Vorsorgeaufwendungen ohne Änderung der Benutzungs- und Elternbeitragsordnung angepasst werden.</p> <p>Diese Benutzungs- und Elternbeitragsordnung ist alle drei Jahre auf ihre Aktualität zu überprüfen.</p>
<p style="text-align: center;">§ 18 Inkrafttreten</p> <p>Diese Benutzungs- und Elternbeitragsordnung tritt zum 01.04.2024 in Kraft. Die bisherige Benutzungs- und Elternbeitragsordnung der Hansestadt Lüneburg für die Kindertagesstätten wird durch diese Benutzungs- und Elternbeitragsordnung ersetzt.</p>	<p style="text-align: center;">§ 15 Inkrafttreten</p> <p>Diese Benutzungs- und Elternbeitragsordnung tritt zum 01.08.2026 in Kraft. Die bisherige Benutzungs- und Elternbeitragsordnung der Hansestadt Lüneburg für die Kindertagesstätten Horte, nachschulische Betreuung und sonstige Einrichtungen vom 29.02.2024 wird durch diese Benutzungs- und Elternbeitragsordnung ersetzt.</p>

<p>Lüneburg, den 29.02.2024</p> <p><i>Claudia Kalisch</i> <i>Oberbürgermeisterin</i></p> <p>Veröffentlicht am 11.03.2024 im Amtsblatt für den Landkreis Lüneburg Nr. 3</p>	<p>Lüneburg, den XX.XX.2026</p> <p><i>Claudia Kalisch</i> <i>Oberbürgermeisterin</i></p> <p>Veröffentlicht am XX.XX.2026 im Amtsblatt für den Landkreis Lüneburg Nr. X</p>
--	--

Anlage 1

I Kita-Entgelttabelle ab 01.08.2023 (Beträge in €)

Bruttoeinkommen bereinigt	Hort - halbtags (bis 4 h) in EURO	prozentualer Ansatz aus dem bereinigten Bruttoeinkommen in der halbtags Betreuung	Hort - 2/3 Betreuung (bis 6 h) in EURO	prozentualer Ansatz aus dem bereinigten Bruttoeinkommen in der 2/3 Betreuung	Nachschulische Betreuung, sonstige Einrichtungen Modell A in EURO	prozentualer Ansatz aus dem bereinigten Bruttoeinkommen im Modell A	Nachschulische Betreuung, sonstige Einrichtungen Modell B in EURO	prozentualer Ansatz aus dem bereinigten Bruttoeinkommen im Modell B	Nachschulische Betreuung, sonstige Einrichtungen Modell C in EURO	prozentualer Ansatz aus dem bereinigten Bruttoeinkommen im Modell C
bis 30.000 €	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
30.000,01 bis 35.000	48,00 - 56,00	0,16%	63,00 - 73,50	0,21%	36,00 - 42,00	0,12%	15,00 - 17,50	0,05%	57,00 - 66,50	0,19%
35.000,01 bis 40.000	56,00 - 64,00	0,16%	73,50 - 84,00	0,21%	42,00 - 48,00	0,12%	17,50 - 20,00	0,05%	66,50 - 76,00	0,19%
40.000,01 bis 45.000	64,00 - 72,00	0,16%	84,00 - 94,50	0,21%	48,00 - 54,00	0,12%	20,00 - 22,50	0,05%	76,00 - 85,50	0,19%
45.000,01 bis 50.000	72,00 - 80,00	0,16%	94,50 - 105,00	0,21%	54,00 - 60,00	0,12%	22,50 - 25,00	0,05%	85,50 - 95,00	0,19%
50.000,01 bis 55.000	95,00 - 104,50	0,19%	125,00 - 137,50	0,25%	70,00 - 77,00	0,14%	30,00 - 33,00	0,06%	110,00 - 121,00	0,22%
55.000,01 bis 60.000	121,00 - 132,00	0,22%	154,00 - 168,00	0,28%	88,00 - 96,00	0,16%	38,50 - 42,00	0,07%	137,50 - 150,00	0,25%
60.000,01 bis 70.000	150,00 - 175,00	0,25%	192,00 - 224,00	0,32%	108,00 - 126,00	0,18%	48,00 - 56,00	0,08%	168,00 - 196,00	0,28%
70.000,01 bis 80.000	175,00 - 200,00	0,25%	224,00 - 256,00	0,32%	126,00 - 144,00	0,18%	56,00 - 64,00	0,08%	196,00 - 224,00	0,28%
80.000,01 bis 90.000	200,00 - 225,00	0,25%	256,00 - 288,00	0,32%	144,00 - 162,00	0,18%	64,00 - 72,00	0,08%	224,00 - 252,00	0,28%

Die bisherige Anlage 1 entfällt.

90.000,01 bis 100.000	225,00 - 250,00	0,25%	288,00 - 320,00	0,32%	162,00 - 180,00	0,18%	72,00 - 80,00	0,08%	252,00 - 280,00	0,28%
100.000,01 bis 110.000	250,00 - 275,00	0,25%	320,00 - 352,00	0,32%	180,00 - 198,00	0,18%	80,00 - 88,00	0,08%	280,00 - 308,00	0,28%
110.000,01 bis 120.000	275,00 - 300,00	0,25%	352,00 - 384,00	0,32%	198,00 - 216,00	0,18%	88,00 - 96,00	0,08%	308,00 - 336,00	0,28%
ab 120.000,01 - Festbetrag	301,00	Festbetrag	385,00	Festbetrag	218,00	Festbetrag	97,00	Festbetrag	338,00	Festbetrag

Erläuterung der Betreuungszeiten:

Halbtags: Eine Betreuungszeit (ohne Randzeitbetreuung) im Umfang von bis zu 4 Stunden täglich.

2/3: Eine Betreuungszeit (ohne Randzeitbetreuung) im Umfang von mehr als 4 Stunden bis zu 6 Stunden täglich.

Ganztags: Eine Betreuungszeit (ohne Randzeitbetreuung) im Umfang von mehr als 6 Stunden bis zu 8 Stunden täglich.

Modell A: Die Betreuungszeit erfolgt (ohne Sonderdienste) montags bis freitags nach Schulschluss bis 17:00 Uhr in der Nachschulischen Betreuung GS Hasenburger Berg. Montag und Freitag endet die Schule um 12:45 Uhr, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag um 15:00 Uhr.

Modell B: Die Betreuungszeit erfolgt (ohne Sonderdienste) dienstags bis donnerstags nach Schulschluss um 15:00 bis 17:00 Uhr in der Nachschulischen Betreuung GS Hasenburger Berg. Die Regelbetreuungszeit erfolgt (ohne Sonderdienste) montags und freitags nach Schulschluss um 12:45 bis 17:00 Uhr in der Nachschulischen Betreuung GS Hasenburger Berg.

Modell C: Die Regelbetreuungszeit erfolgt (ohne Sonderdienste) montags bis freitags nach Schulschluss ab 12:25 Uhr bis 17:00 Uhr in der Nachschulischen Betreuung Kaltenmoor. Das Mittagessen findet in der AFS (Anne-Frank-Schule) statt und wird durch die Mitarbeiter*innen der Nachschulischen Betreuung begleitet.

II Früh- und/oder Spätdienste (Randzeiten) ab 01.08.2023 (Beträge in €)

Früh- oder Spätdienst täglich	1/2	3/4	1	1 1/4
Betrag je Sonderöffnungszeit im Monat	8	12	16	20

III Mittagsverpflegung ab 01.08.2023 (Beträge in €)

1. regulärer Betrag im Monat	60
2. ermäßigter Betrag im Monat	45

Die Beiträge (auch ermäßigt) zur Mittagsverpflegung erhöhen sich ab dem 01.08.2024 jährlich zum 01.08. jeweils um 5,00 € bis eine kostendeckende Pauschale, jedoch maximal 70,00 €, erreicht wird. Die Mittagsverpflegung in der sonstigen Einrichtung wird direkt über den Schul-Caterer abgerechnet.

Anlage 2

Erklärung zum Einkommen Hinweise:

Zur Feststellung Ihres Beitrags zu den Kosten des Kindertagesstättenplatzes ist eine Erklärung zum Einkommen der Personensorgeberechtigten (gleichgestellt sind die im gemeinsamen Haushalt lebenden Eltern) abzugeben. Soweit keine Erklärung abgegeben wurde, ist der jeweils höchste Elternbeitrag, der für die entsprechende Betreuungsart festgesetzt ist, zu entrichten. Dies gilt auch, wenn falsche oder unvollständige Angaben zum Einkommen gemacht wurden.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Hansestadt Lüneburg berechtigt ist, die Angaben zu prüfen. Gegebenenfalls sind die Angaben glaubhaft nachzuweisen. In Zweifelsfragen kann die Leitung der Kindertagesstätte oder auch der Bereich Frühkindliche Bildung und Betreuung, Team Kindertagesstätten Auskunft über die Ermittlung des Elternbeitrags geben.

Kind/Kinder

Name, Vorname.	
Kindertagesstätte	
Betreuung	Voraussichtliches Ende der Betreuung
Geschwister (Name).	

Personensorgeberechtigte/-r 1

Name,	erwerbstätig
Telef	E-Mail-
Anschrift (Straße,	

Personensorgeberechtigte/-r 2

Name,	erwerbstätig
Telef	E-Mail-
Anschrift (Straße,	

Anlage I

Erklärung zum Einkommen Hinweise:

Zur Feststellung, ob Ihr bereinigtes Einkommen den Betrag von 30.000,00 € nicht übersteigt – Befreiung vom Elternbeitrag während der Ferienbetreuung in der städtischen Einrichtung der nachschulischen Betreuung - ist eine Erklärung zum Einkommen der Personensorgeberechtigten (gleichgestellt sind die im gemeinsamen Haushalt lebenden Eltern) abzugeben. Soweit keine Erklärung abgegeben wurde, ist der volle Elternbeitrag für die gebuchte Ferienbetreuung zu entrichten. Dies gilt auch, wenn falsche oder unvollständige Angaben zum Einkommen gemacht wurden. Es wird darauf hingewiesen, dass die Hansestadt Lüneburg berechtigt ist, die Angaben zu prüfen. Gegebenenfalls sind die Angaben glaubhaft nachzuweisen. In Zweifelsfragen kann die Leitung der Einrichtung der nachschulischen Betreuung oder auch der Bereich Frühkindliche Bildung und Betreuung, Team Kindertagesstätten Auskunft über die Ermittlung des Elternbeitrags geben.

Kind/Kinder

Name, Vorname, Geburtsdatum	
Name der Einrichtung der nachschulischen Betreuung / Schule	
Beginn der Ferienbetreuung	Voraussichtliches Ende der Ferienbetreuung

Personensorgeberechtigte/-r 1

Name, Vorname	erwerbstätig als
Telefon	E-Mail-Adresse
Anschrift (Straße, PLZ, Ort)	

Personensorgeberechtigte/-r 2

Name, Vorname	erwerbstätig als
Telefon	E-Mail-Adresse
Anschrift (Straße, PLZ, Ort)	

Einnahmen aus dem Kalenderjahr 01.01. bis 31.12._____

(negative Einkünfte bei einzelnen Einkunftsarten werden nicht berücksichtigt)

	Personensorgeberech- tigte /-r1 in €	Personensorgeberec- htigte e/-r2 in €
1. Bruttoarbeitslohn jährlich des letzten Kalenderjahres (Betrag entnommen aus der Lohnsteuerkarte oder dem Bescheid über den Lohnsteuerjahresausgleich oder der Verdienstbescheinigung des Arbeitgebers)		
Einnahmen aus den Nummern 2 bis 6 gemäß Einkommenssteuerbescheid		
2. aus selbständiger Arbeit		
3. aus Gewerbebetrieb		
4. aus Land- und Forstwirtschaft		
5. aus Kapitalvermögen (über		
6. aus Vermietung und Verpachtung		
7. Steuerfreie Einkünfte insbesondere: BaföG, Unterhaltszahlungen, Unterhaltsvorschuss, Krankengeld, Renten, Leistungen von der Agentur für Arbeit (z.B. Arbeitslosengeld, Bürgergeld, Unterhaltsgeld, Berufsausbildungsbeihilfe, Kurzarbeitergeld), Mutterschaftsgeld, Lastenzuschuss, Wohngeld, Elterngeld (abzgl. Freibetrag v. mtl. 300,- €), Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz, Einkünfte auf 520,- € Basis, Leistungen vom Sozialamt, Kindergeldzuschlag.		
8. Kindergeld		

Freibeträge

Einnahmen aus dem Kalenderjahr 01.01. bis 31.12._____

(negative Einkünfte bei einzelnen Einkunftsarten werden nicht berücksichtigt)

	Personensorgeberech- tigte /-r1 in €	Personensorgeberech- tigte e/-r2 in €
1. Bruttoarbeitslohn jährlich des letzten Kalenderjahres (Betrag entnommen aus der Lohnsteuerkarte oder dem Bescheid über den Lohnsteuerjahresausgleich oder der Verdienstbescheinigung des Arbeitgebers)		
Einnahmen aus den Nummern 2 bis 6 gemäß Einkommenssteuerbescheid		
2. aus selbständiger Arbeit		
3. aus Gewerbebetrieb		
4. aus Land- und Forstwirtschaft		
5. aus Kapitalvermögen (über		
6. aus Vermietung und Verpachtung		
7. Steuerfreie Einkünfte insbesondere: BaföG, Unterhaltszahlungen, Unterhaltsvorschuss, Krankengeld, Renten, Leistungen von der Agentur für Arbeit (z.B. Arbeitslosengeld, Neue Grundsicherung für Arbeitssuchende vorher: Bürgergeld, Unterhaltsgeld, Berufsausbildungsbeihilfe, Kurzarbeitergeld), Mutterschaftsgeld, Lastenzuschuss, Wohngeld, Elterngeld (abzgl. Freibetrag v. mtl. 300,- €), Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz, Einkünfte auf Minijob-Basis, Leistungen vom Sozialamt, Kindergeldzuschlag.		
8. Kindergeld		

Freibeträge

./ Werbungskosten in Höhe von 1.230,- € je steuerpflichtiges Einkommen der Personensorgeberechtigten (höhere Werbungskosten werden nicht berücksichtigt) _____ x 1.230 €	
./ Kinderfreibetrag in Höhe von 4.656 € je unterhaltsberechtigtem Kind, das nach dem Bundeskindergeldgesetz berücksichtigungsfähig ist und noch nicht das 25. Lebensjahr vollendet hat. _____ x 4.656 €	
./ Vorsorgeaufwendungen in Höhe des Pauschalbetrags von 4.200 € für Ehepaare und 2.100 € für Alleinstehende.	
Freibeträge insgesamt	
Einnahmen - Freibeträge = beitragspflichtiges Jahreseinkommen	
Elternbeitrag gemäß Tabelle	

./ Werbungskosten in Höhe von 1.230,- € je steuerpflichtiges Einkommen der Personensorgeberechtigten (höhere Werbungskosten werden nicht berücksichtigt) _____ x 1.230 €	
./ Kinderfreibetrag in Höhe von 4.878 € je unterhaltsberechtigtem Kind, das nach dem Bundeskindergeldgesetz berücksichtigungsfähig ist und noch nicht das 25. Lebensjahr vollendet hat. _____ x 4.878 €	
./ Vorsorgeaufwendungen in Höhe des Pauschalbetrags von 4.200 € für Ehepaare und 2.100 € für Alleinstehende.	
Freibeträge insgesamt	
Einnahmen - Freibeträge = beitragspflichtiges Jahreseinkommen	
Elternbeitrag	

Ich stelle den Antrag auf Ermäßigung oder Übernahme des Elternbeitrags wegen Vorliegens einer unzumutbaren wirtschaftlichen Belastung. (Anträge in der Kindertagesstätte oder im Fachbereich Familie und Bildung, Team Kindertagesstätten erhältlich).

Mir ist bekannt, dass die zur Ermittlung des Elternbeitrags erforderlichen persönlichen und wirtschaftlichen Daten unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Datenschutzes erfasst, gespeichert und bearbeitet werden.

Ich versichere, dass die Angaben in diesem Antrag den Tatsachen entsprechen, vollständig und richtig sind. Dies gilt insbesondere für die Einkommensverhältnisse der im Haushalt lebenden Eltern/Personensorgeberechtigten und deren Kinder.

Ich bin gemäß § 7 Absatz 4 der Benutzungs- und Elternbeitragsordnung verpflichtet, dem Fachbereich Familie und Bildung wesentliche Veränderungen in den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen mitzuteilen.

Gemäß § 7 Absatz 4 ist der Elternbeitrag unter anderem dann neu zu berechnen und festzusetzen, wenn sich

Mir ist bekannt, dass die zur Ermittlung des Elternbeitrags erforderlichen persönlichen und wirtschaftlichen Daten unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Datenschutzes erfasst, gespeichert und bearbeitet werden.

Ich versichere, dass die Angaben in diesem Antrag den Tatsachen entsprechen, vollständig und richtig sind. Dies gilt insbesondere für die Einkommensverhältnisse der im Haushalt lebenden Personensorgeberechtigten und deren Kinder.

Ich bin gemäß § 6 Absatz 4 der Benutzungs- und Elternbeitragsordnung verpflichtet, dem Fachbereich Familie und Bildung wesentliche Veränderungen in den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen mitzuteilen.

Gemäß § 6 Absatz 4 ist der Elternbeitrag für die Ferienbetreuung unter anderem dann neu festzusetzen, wenn sich

- das bereinigte Bruttoeinkommen auf über 30.000,00 € erhöht
- die Zahl der Personen, die im gemeinsamen Haushalt leben, verändert.

Mir ist bekannt, dass wissentlich falsche oder unvollständige Angaben strafrechtlich verfolgt werden können (§263 Strafgesetzbuch -Betrug-) und zu

